

Deutsch-Armenische Gesellschaft

ZUR LAGE IN ARMENIEN

(Stand: Dezember 2001)

Allgemeine statistische Daten	3
Politische Führung	5
Transportwege	14
Energieversorgung	18
KKW Medsamor	25
Wirtschaftsstruktur	29
Landwirtschaft	30
Industrie	34
Handel	38
Währungs- und Finanzpolitik	41
Banken- und Börsensystem	50
Preise und Löhne	52
Arbeitsmarktlage	55
Versorgung	56
Nachwirkungen des Erdbebens	61
Gesundheitsbereich	63
Flüchtlinge	72
Umweltproblematik.....	74

Allgemeine statistische Daten

- a) Geografische Daten: Armenien umfasst eine Fläche von rund 29 800 km². Innerhalb der Sowjetunion war Armenien damit die kleinste der 15 Unionsrepubliken und nahm nur 0,1% der Gesamtfläche der UdSSR ein. Armenien hat gemeinsame Grenzen mit Aserbaidschan (bzw. der zu Aserbaidschan gehörenden Exklave Nachitschewan), Georgien, der Türkei und Iran. Das Land ist sehr wasserarm und zu etwa 47% mit Gebirgen bedeckt. Die mittlere Höhe liegt bei etwa 1800 m über dem Meeresspiegel.
- b) Einwohnerzahl: 3 803 000 (Stand: 1.1.2000). In dieser Zahl enthalten sind jedoch auch jene rund 700 000 Armenier, die während der letzten Jahre das Land zeitweilig oder auf Dauer verlassen haben. Etwas mehr als zwei Drittel der Bevölkerung lebt in den Städten Armeniens, der Rest auf dem Land.
- c) Bevölkerungsdichte: 128 Einwohner pro km². Zum Vergleich: In der gesamten Sowjetunion betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte 12,9 Einwohner pro km².
- d) Hauptstadt: Jerewan (1,2 Mio. Einwohner).
- e) Ethnische Zusammensetzung: Nachdem nahezu alle Angehörigen der ehemals 170 000 zählenden aserischen Minderheit Armenien verlassen haben, ist der Anteil ethnischer Minderheiten an der Gesamtbevölkerung von 10,3% (Zensus von 1979) auf weniger als 5% zurückgegangen, zumal auch zahlreiche Angehörige anderer in Armenien vertretener Nationalitäten (Russen, Kurden, Jesiden, Ukrainer, Assyrer, Griechen, Juden und Deutsche) wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage ausgewandert sind. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Armenier und Armenierinnen gehört der Armenisch-Apostolischen Kirche an.
- f) Demografische Tendenzen: In den vergangenen Jahren war die Sterberate jeweils höher als die Geburtenrate, was einen Rückgang des natürlichen Bevölkerungswachstums zur Folge hatte. So reduzierte sich beispielsweise im Jahr 1999 das natürliche Wachstum der armenischen Bevölkerung um 22,8% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Abnahme lag zum einen begründet im Rückgang der Geburtenrate um 7,1% und zum anderen in der Zunahme der Todesfälle um 3,8%. Im Jahr 2000 war die Geburtenrate weiterhin im Fallen begriffen. Nach Angaben einer Sprecherin des ar-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

menischen Justizministeriums wurden im Jahr 2000 34 517 Geburten registriert. Im Jahr zuvor waren es noch 36 244. Im Jahr 2000 wurden 24 177 Todesfälle (1999: 24 240) verzeichnet. Nach vorläufigen Zahlen aus dem Jahr 2001 hat sich der Rückgang des natürlichen Bevölkerungswachstums weiter fortgesetzt. So wurden allein im ersten Halbjahr 2001 rund 2000 weniger Geburten registriert als im selben Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt hat sich das natürliche Bevölkerungswachstum, also Geburtenrate abzüglich Sterberate (migrationsbedingte Veränderungen bleiben dabei unberücksichtigt) von 17,2% im Jahr 1980 über 12,1% im Jahr 1992 auf 3,3% im Jahr 1999 verringert. Auf 100 Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) kommen derzeit 112 Geburten. Um das bestehende Generationenverhältnis zu halten, wären aber 215 Neugeborene pro 100 Frauen notwendig. Das Verhältnis der Lebendgeburten pro 1000 der Bevölkerung hat sich von 22,7 im Jahr 1980 über 15,8 im Jahr 1992 auf 9,6 im Jahr 1999 verringert.

- g) Emigration: Neuere Zahlen zur Auswanderung waren dem Jahresbericht der staatlichen armenischen Statistikabteilung für das Jahr 1999 zu entnehmen, der erstmals Zahlen über die geschätzte Dimension der Emigration aus Armenien aufgenommen hatte. Demnach haben allein in den Jahren 1991 bis 1998 zwischen 760 000 und 780 000 Menschen Armenien verlassen. Besonders hoch war die Zahl der Ausreisen in den Jahren 1992 bis 1994. In diesem Zeitraum hatten 497 500 Personen das Land verlassen. Rund 75% der Emigranten gingen demnach nach Russland und 10% in andere GUS-Staaten. 60% der Emigranten sind männlichen Geschlechts. Nach einer Untersuchung über die Emigrationsursachen, die mit Hilfe des statistischen Dienstes der EU im Rahmen eines TACIS-Projekts angefertigt wurde, sind als Ursachen für die verstärkte Auswanderung vor allem das Fehlen von Arbeitsplätzen (33,8%), der niedrige Lebensstandard (18,7%), mangelnde Zukunftsaussichten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes (6%), Familienzusammenführung (12,2%) sowie die schlechte moralische und psychologische Stimmung im Land (4,9%) anzusehen. Aufgrund der Tatsache, dass vor allem jüngere Menschen aus Armenien emigrieren, hat sich der Anteil der über 60-Jährigen an der armenischen

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

armenischen Bevölkerung von 12% Ende der 80er Jahre auf nunmehr rund 20% erhöht. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der Eheschließungen um zwei Drittel und die Geburtenrate um mehr als die Hälfte reduziert. Präzisere Daten über die tatsächlich in Armenien lebende Bevölkerung sowie die Bevölkerungsstruktur sind von einer neuen Volkszählung zu erwarten, die vom 10. bis 20. Oktober 2001 unter Einsatz von rund 15 000 Regierungsangestellten durchgeführt wurde. Die letzte Volkszählung erfolgte im Jahr 1989 noch zu Sowjetzeiten. Der Kostenaufwand für die Volkszählung 2001 beläuft sich auf rund 1,7 Mio. \$, die überwiegend von westlichen Geldgebern zur Verfügung gestellt wurden. Die ersten Ergebnisse des Zensus 2001 sollen voraussichtlich im Frühjahr 2002, die endgültigen Resultate jedoch erst im Laufe des Jahres 2003 veröffentlicht werden.

Politische Führung

Seit dem 21. September 1991 ist Armenien eine souveräne Republik, nachdem an diesem Tag 94% der wahlberechtigten Armenier in einem Referendum den Austritt aus der UdSSR beschlossen hatten. Am 16. Oktober 1991 wurde Lewon Ter-Petrosian mit 83% der Wählerstimmen in direkter Wahl zum Staatspräsidenten bestimmt. Zuvor hatte er bereits seit August 1990 als erster Nicht-Kommunist das Amt des Präsidenten des armenischen Obersten Sowjet inne. Die ihn stützende Armenische Allnationale Bewegung (Hajoz Hamasgajin Scharschum - HHSch) verlor im Laufe der darauf folgenden Jahre jedoch ihre anfängliche Mehrheit im Parlament.

Am 5. Juli 1995 wurden die ersten freien Parlamentswahlen abgehalten, bei denen 2 189 804 Wahlberechtigte aufgerufen waren, die Zusammensetzung des neuen, auf 190 Sitze verkleinerten Parlaments zu bestimmen. Insgesamt 13 Parteien und politische Organisationen waren zur Wahl zugelassen worden. Die Tätigkeit der wichtigsten und traditionsreichsten Oppositionspartei Daschnakzutjun war im Dezember 1994 durch ein Dekret von Staatspräsident Ter-Petrosian und eine spätere Anordnung des Obersten Gerichtshofes suspendiert worden, da mehreren führenden Mitgliedern der Partei die

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Verstrickung in Drogengeschäfte und terroristische Aktivitäten zur Last gelegt wurden. Mitglieder der Daschnakutzjun konnten sich lediglich als unabhängige Kandidaten um die 150 zu vergebenden Direktmandate bewerben. Nur 40 der 190 Parlamentssitze wurden über Parteilisten vergeben.

Die Wahlbeteiligung lag bei 54%. Der Regierungsblock Hanrapetutjun (ein Zusammenschluss der HHSch mit fünf kleineren Parteien) stellte mit 118 Sitzen die überwiegende Mehrheit der Parlamentsmandate. An zweiter Stelle folgte mit acht Sitzen die erst drei Monate vor den Wahlen gegründete Frauenpartei Schamiram (Semiramis), gefolgt von der Kommunistischen Partei (7), der Nationaldemokratischen Union (5), der Union für Nationale Selbstbestimmung (3) und der Ramkawar (Liberaldemokratische Partei), der Daschnakutzjun sowie der Wissenschaftlich-Industriellen und Bürgerlichen Union mit jeweils einem Sitz. 44 der Abgeordneten des neu gewählten Parlaments gehörten keiner Partei an.

Gleichzeitig mit den Parlamentswahlen fand ein Referendum über eine neue Republikverfassung statt, die die alte noch aus Sowjetzeiten stammende Verfassung ablösen sollte. Daran beteiligten sich 55,6% der Wahlberechtigten. Der Regierungsentwurf, der in Anlehnung an die französische Verfassung dem Präsidenten eine sehr starke Stellung einräumt, wurde mit der Zustimmung von 37,9% der Wahlberechtigten und 68% der Wähler gebilligt. 28,7% der Wähler sprachen sich gegen den Entwurf aus. Für die Annahme der neuen Verfassung war die Zustimmung eines Drittels der Wahlberechtigten erforderlich. Internationale Beobachter, entsandt u.a. von der OSZE und dem Europarat, bezeichneten den Verlauf der Abstimmung übereinstimmend als frei, aber nicht fair. Sie kritisierten vor allem eine Reihe von Fehlentwicklungen im Vorfeld der Wahlen, besonders die Suspendierung der Tätigkeit der Daschnakutzjun sowie das Verbot einer Reihe ihr zugeschriebener Publikationen, darunter die zuvor größte Tageszeitung des Landes „Jerkir“.

Am 22. September 1996 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen in der postsowjetischen Ära statt. Nach dem Verzicht von fünf der ursprünglich neun angetretenen Kandidaten standen zur Wahl: Amtsinhaber Lewon Ter-Petrosian

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

(Parteienblock Hanrapetutjun), Wazgen Manukian (Nationaldemokratische Union), Sergej Badalian (Kommunistische Partei) und Aschot Manutscharian (Wissenschaftlich-Industrielle und Bürgerliche Union). Von den 2 210 189 wahlberechtigten Bürgern gaben 60,32% ihre Stimme ab. Nach dem von der Zentralen Wahlkommission am 29. September bekannt gegebenen amtlichen Endergebnis erhielt Ter-Petrosian 51,75% der abgegebenen Stimmen, sein Hauptkonkurrent Manukian 41,29%. Abgeschlagen blieben Badalian mit 6,34% und Manutscharian mit 0,6%. Nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes war somit Ter-Petrosian im ersten Wahlgang als Präsident bestätigt.

Der Oppositionskandidat Manukian erhob bereits im Anschluss an die ersten bekannt gegebenen vorläufigen Ergebnisse den Vorwurf der massiven Wahlfälschung zugunsten des Amtsinhabers und beanspruchte den Wahlsieg für sich. Im Anschluss an eine von mehreren Demonstrationen Zehntausender von Oppositionsanhängern kam es am Abend des 25. September 1996 zur versuchten Erstürmung des Parlamentsgebäudes, in dem auch die Zentrale Wahlkommission ihren Sitz hatte. Dabei sollen der Parlamentspräsident sowie dessen Stellvertreter von den Demonstranten misshandelt worden sein. Bei den Zusammenstößen sollen nach offiziellen Angaben ein Demonstrant sowie ein Mitglied der Sicherheitskräfte getötet und rund 60 Menschen verletzt worden sein. Das Stadtzentrum Jerewans wurde vorübergehend von Panzern und Sicherheitskräften abgeriegelt. Ebenso wurde ein zeitweiliges Demonstrationsverbot verhängt. Gegen mehrere Abgeordnete der Opposition wurden Strafverfahren eingeleitet.

Auch eine von der OSZE entsandte Beobachtermission kam zu dem Ergebnis, dass es zu ernsthaften Verstößen gegen das Wahlgesetz gekommen sei, die die Integrität des Wahlergebnisses in Zweifel zögen. Das offizielle Wahlergebnis wurde jedoch vom Verfassungsgericht, das von Wazgen Manukian angerufen worden war, bestätigt. Ter-Petrosian bildete nach den Wahlen seine Regierung in mehreren Schlüsselpositionen um und ernannte dabei u.a. zunächst den bisherigen armenischen Botschafter in Großbritannien, Armen Sarkisian, zum neuen Ministerpräsidenten. Nach dessen

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Rücktritt aus Gesundheitsgründen wurde Anfang März 1997 der bisherige Präsident von Berg-Karabach, Robert Kotscharian, zu seinem Nachfolger bestimmt.

Nachdem es zu gravierenden Differenzen zwischen mehreren Regierungsmitgliedern und dem Präsidenten um die Reaktion auf die Vorschläge der Minsker Gruppe innerhalb der OSZE gekommen war, die diese für eine friedliche Lösung des Karabach-Konflikts unterbreitet hatte (Lewon Ter-Petrosian befürwortete eine kompromissbereitere Haltung als die meisten Mitglieder seiner Regierung), erklärte Ter-Petrosian in einer Fernsehansprache am 3. Februar 1998 seinen Rücktritt. Schon zuvor hatte die Regierungsfraktion ihre Mehrheit im Parlament eingebüßt, nachdem viele ihrer Abgeordneten zu anderen Gruppierungen, vor allem zur Fraktion der Jerkrapah (Wächter des Vaterlandes), die aus ehemaligen Karabach-Kämpfern hervorgegangen war, übergetreten waren.

Bei den daraufhin anberaumten Neuwahlen am 16. März 1998 traten insgesamt 12 Kandidaten an. Aus dem ersten Wahlgang gingen als stimmenstärkste Bewerber der Ministerpräsident Robert Kotscharian (38,82%), der seit dem Rücktritt Ter-Petrosians daneben bereits als Interimspräsident amtierte, hervor sowie der langjährige Führer der armenischen Kommunisten aus Sowjetzeiten, Karen Demirtschian (30,62%), der als unabhängiger Kandidat angetreten war. Es folgten Wazgen Manukian (Nationaldemokratische Union) mit 12,22%, Sergej Badalian (Kommunistische Partei) mit 11,02% und Paruir Hairikian (Union für Selbstbestimmung) mit 5,41%. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Durchgang bei 63,97%. Im zweiten Wahlgang, zu dem lediglich Kotscharian und Demirtschian antraten, wurde am 30. März 1998 eine Wahlbeteiligung von 68,14% registriert. Dabei entfielen 59,49% der Stimmen auf Robert Kotscharian und 40,51% auf Karen Demirtschian.

Die OSZE registrierte auch bei diesen Wahlen erhebliche Unregelmäßigkeiten und stellte fest, die Durchführung der Wahlen sei hinter den von der OSZE gesetzten Standards zurückgeblieben. Andere Beobachtergruppen kamen zu positiveren Einschätzungen und stellten zum Teil wesentliche

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Verbesserungen im Vergleich zu den Wahlen vom September 1996 fest. So bezeichnete der Sprecher der Delegation des Europarats, Lord Johnston Russell, die Wahlen als wichtigen Schritt in Richtung Vollmitgliedschaft Armeniens im Europarat, in den Armenien jedoch erst Ende Januar 2001 zusammen mit Aserbaidschan aufgenommen wurde. Am 10. April 1998 ernannte der neu gewählte Präsident Kotscharian den erst 33-jährigen Armen Darbinian, der zuvor Wirtschafts- und Finanzminister gewesen war, zum Ministerpräsidenten. Schon zuvor, am 9. Februar, hatte Kotscharian noch als Interimspräsident das Betätigungsverbot der Daschnakutjun aufgehoben, die mit zwei Ministern im neu gebildeten Kabinett vertreten war.

Am 30. Mai 1999 fanden die regulären Neuwahlen zum armenischen Parlament statt. Nach dem neuen Wahlgesetz wurden dieses Mal 56 Sitze des auf 131 Sitze verkleinerten Parlaments über Parteilisten und 75 Sitze in Direktwahl in den einzelnen Stimmkreisen an den jeweils stimmenstärksten Bewerber vergeben. Zu den Wahlen waren 21 Parteien und Parteienbündnisse angetreten sowie 1002 Kandidaten für die Listenwahl und weitere 627 Bewerber für die Direktmandate. Die Wahlbeteiligung betrug 51,7%. Eindeutiger Wahlsieger wurde die Allianz Miasnutjun (Einheit), die sich zusammensetzte aus der Republikanischen Partei von Verteidigungsminister Wazgen Sarkisian und der zwischenzeitlich von Karen Demirtschian ins Leben gerufenen Volkspartei.

41,67% der über Parteilisten vergebenen Stimmen entfielen auf Miasnutjun und sicherten dem Bündnis 29 der nach dem Proporzsystem zu vergebenden Mandate. Erst mit weitem Abstand folgte die Kommunistische Partei mit 12,1% und 8 Sitzen. Vier weitere Parteien konnten die 5%-Hürde für den Einzug ins Parlament überwinden: der Parteienblock Recht und Einheit mit 7,97% (6 Sitze), die Daschnakutjun mit 7,83% (5 Sitze), der Block Land des Rechts mit 5,28% (4 Sitze) und die Nationaldemokratische Union mit 5,17% (4 Sitze). Bei den Direktmandaten konnte sich Miasnutjun weitere 33 Sitze sichern. 29 Sitze gingen an parteilose Kandidaten, von denen sich die meisten in der Fraktion Kajunutjun (Stabilität) zusammenschlossen, die sich zur Zusammenarbeit mit der Miasnutjun-Fraktion bereit erklärte. 3 Direktmandate entfielen auf die Daschnakutjun, jeweils 2 auf die Kommunistische Partei, den

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Block Land des Rechts und die Nationaldemokratische Union sowie 4 Mandate auf Vertreter kleinerer Parteien.

Am 15. Juni 1999 ernannte Präsident Robert Kotscharian den bisherigen langjährigen Verteidigungsminister Wazgen Sarkisian zum neuen Ministerpräsidenten und Nachfolger des unmittelbar nach den Wahlen zurückgetretenen Armen Darbianian. Karen Demirtschian war wenige Tage zuvor zum Parlamentspräsidenten gewählt worden. Rund die Hälfte der bisherigen Kabinettsmitglieder verblieb in der Regierung, wenn auch in einigen Fällen in einem anderen Ressort. U.a. blieb Außenminister Wardan Oskanian im Amt. Verteidigungsminister wurde erstmals seit der Unabhängigkeit ein hoher Militär, Generalleutnant Wagharschak Harutjunian.

Die Wahlbeobachtungsdelegationen von OSZE, Europarat und anderen Organisationen konstatierten fast einhellig Fortschritte im Vergleich zu früheren Wahlgängen. Bemängelt wurden jedoch von allen Beobachtern die veralteten Wählerverzeichnisse, in denen viele Wähler nicht oder nicht korrekt eingetragen waren. Die Betroffenen konnten ihre nachträgliche Aufnahme und damit ihr Recht zu wählen zwar durch einen entsprechenden Antrag bei hierfür bereitstehenden Gerichten erlangen. Diese Möglichkeit war jedoch zumeist mit erheblichen Wartezeiten verbunden und wurde daher nicht von allen wahrgenommen.

Am Nachmittag des 27. Oktober 1999 drangen fünf bewaffnete Terroristen während einer Fragestunde, bei der nahezu das gesamte armenische Kabinett zugegen war, in den Plenarsaal des armenischen Parlaments ein und erschossen Ministerpräsident Wazgen Sarkisian, Parlamentspräsident Karen Demirtschian, dessen beiden Stellvertreter Jurij Bakhschian und Ruben Mirojan, den Minister für operative Aufgaben und früheren Ministerpräsidenten von Berg-Karabach, Leonard Petrosian, sowie die Parlamentsabgeordneten Armenak Armenakian, Michael Kotanian und Henrik Abrahamian. Im Anschluss daran hielten die Terroristen unter Führung des Journalisten Nairi Hunanian über 50 Abgeordnete und Regierungsmitglieder im Parlament als Geiseln fest und ergaben sich erst am Vormittag des folgenden Tages, nachdem Präsident Kotscharian ihnen in Verhandlungen einen fairen Pro-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

zess zugesichert hatte und eine Erklärung der Geiselnnehmer im armenischen Fernsehen verlesen worden war.

Der Anschlag zog zwar weder den von manchen befürchteten Ausbruch innerer Unruhen noch das Eingreifen des Militärs nach sich. Er erschütterte aber das gesamte politische Leben in Armenien nachhaltig, zumal er sich in einer Phase ereignete, in der berechtigte Hoffnungen auf einen bevorstehenden bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung sowie auf ernsthafte und möglicherweise Erfolg versprechende Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach bestanden. Mit Wazgen Sarkisian und Karen Demirtschian starben zudem zwei Politiker, die über erhebliches Charisma verfügten und in die viele Armenier große Hoffnungen gesetzt hatten. Nach drei Tagen der Staatstrauer und der Beisetzung der Ermordeten ging man daran, Nachfolger für die getöteten politischen Führer zu bestimmen. Das Parlament wählte Armen Chatschatrian zu seinem neuen Präsidenten sowie Tigran Torosian und Gagik Aslanian zu dessen Stellvertretern. Alle drei gehören wie ihre Amtsvorgänger der Mehrheitsfraktion Miasnutjun an.

Eine Woche nach dem Attentat im Parlament bestimmte Präsident Kotscharian den jüngeren, damals 38-jährigen Bruder des ermordeten Wazgen Sarkisian, Aram Sarkisian, zum neuen Ministerpräsidenten. Aram Sarkisian gehörte seit den Parlamentswahlen vom 30. Mai 1999 als Mitglied der Miasnutjun-Fraktion dem armenischen Parlament an, verfügte jedoch bis zu jenem Zeitpunkt nicht über größere politische Erfahrung. Er war zuvor Direktor der Zementfabrik in Ararat, der Heimatstadt der Sarkisians. Aram Sarkisian versprach nach seiner Ernennung, die Politik des Kabinetts seines ermordeten Bruders und insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzorganisationen sowie den Kampf gegen die Korruption in dessen Sinne fortzusetzen. Im Februar bildete Aram Sarkisian seine Regierung auf mehreren Positionen um und beteiligte dabei auch Vertreter der Kommunistischen Partei und der Nationaldemokratischen Union an der Regierung. Gleichzeitig reduzierte er die Zahl der Kabinettsressorts von 24 auf 17.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Im Verlauf der Ermittlungen zu den Hintergründen des Attentats, mit denen der Militärstaatsanwalt Gagik Tschahangirian betraut war, wurden währenddessen insgesamt 17 Personen, einschließlich der Attentäter selbst, festgenommen, darunter auch der frühere Berater und Leiter des Stabs von Präsident Kotscharian, Aleksan Harutjunian, der stellvertretende Direktor des armenischen Staatsfernsehens, Harutjun Harutjunian, und der Parlamentsabgeordnete Muschegh Mowissian. Die drei Letztgenannten befinden sich inzwischen aber wieder auf freiem Fuß, die Anklagen gegen sie wurden fallen gelassen. Der Prozess gegen die fünf Attentäter sowie eine Reihe anderer, die der Komplizenschaft bzw. der Mitwisserschaft beschuldigt werden, sowie gegen Sicherheitsbeamte, denen Pflichtvernachlässigung vorgeworfen wird, begann am 15. Februar 2001. Etwaige Hintermänner der Tat konnten bisher nicht ermittelt werden, jedoch sollen nach Angaben Tschahangirians entsprechende Ermittlungen weiterlaufen.

Nach dem Anschlag vom 27. Oktober 1999 verschärfen sich die Gegensätze zwischen der Regierung und der Parlamentsmehrheit einerseits und Präsident Kotscharian andererseits immer mehr. Diese Gegensätze hatten sich u.a. daran entzündet, dass Kotscharian vor allem aus den Reihen der Jerkrapah, deren politischer Flügel die Republikanische Partei darstellte, verdächtigt wurde, an der Organisation des Attentats beteiligt gewesen zu sein bzw. dessen Aufklärung zu behindern. Von einigen Mitgliedern des Kabinetts wurde Kotscharian deshalb zum Rücktritt aufgefordert. Am 2. Mai 2000 schließlich entließ Kotscharian Ministerpräsident Aram Sarkisian nach nur sechs Monaten Amtszeit aus seinem Amt mit der Begründung, Minister aus dessen Kabinett hätten gegen den Präsidenten intrigiert und damit eine reibungslose Zusammenarbeit verhindert.

Zu Aram Sarkisians Nachfolger als Ministerpräsident ernannte Kotscharian am 12. Mai 2000 den Führer der Republikanischen Partei, Andranik Markarian. Die bisherige Mehrheitsfraktion Miasnutjun verlor jedoch zunächst ihre Majorität im Parlament, da die der Jerkrapah angehörenden Abgeordneten aus Protest gegen die Entlassung Sarkisians und gegen die dennoch von der Republikanischen Partei gezeigte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kotscharian aus der Miasnut-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

jun-Fraktion austraten und eine eigene Fraktion, Hajastan (Armenien), gründeten. Auch der zweite Bestandteil von Mi-asnutjun, die Volkspartei, erklärte sich nicht einverstanden mit der Ernennung Markarians zum Ministerpräsidenten und lehnte es ab, die Verantwortung für die von ihm gebildete Regierung zu übernehmen. Die Republikanische Partei, die zuvor gegen Kotscharian opponiert hatte, vollzog hingegen einen abrupten Kurswechsel und erklärte sich zur völligen Unterstützung Kotscharians bereit.

Dem Kabinett von Markarian gehören keine Minister mehr an, die sich zuvor Kotscharian gegenüber kritisch gezeigt hatten. In einer besonders umstrittenen Entscheidung ernannte Kotscharian Serge Sarkisian, den ehemaligen Minister für nationale Sicherheit, der wie Kotscharian aus Berg-Karabach stammt und dem u.a. aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen die Mitverantwortung für das Attentat vom 27. Oktober 1999 angelastet wird, zum Verteidigungsminister. Seinen Posten als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats, zu dem ihn Kotscharian nach seinem erzwungenen Rücktritt vom Amt des Ministers für nationale Sicherheit ernannt hatte, behielt Serge Sarkisian ebenfalls bei. Die Zahl der Ministerposten wurde seither wieder auf 21 erhöht, nicht zuletzt um der Regierung durch die Vergabe von Ministerposten die nötige Unterstützung durch eine Mehrheit im Parlament zu gewährleisten. Vermehrte Umbesetzungen und Umstrukturierungen des Kabinetts in den vergangenen Monaten stellten jedoch nach Ansicht von Beobachtern eine kontinuierliche und effiziente Regierungsarbeit oftmals in Zweifel.

Zwischenzeitlich hat sich ein neues Oppositionsbündnis formiert, das sich zusammensetzt aus der neu gegründeten Partei Hanrapetutjun (Republik), an deren Spitze der frühere Ministerpräsident Aram Sarkisian sowie Albert Bazejan, der frühere Bürgermeister von Jerewan, stehen, der Volkspartei, die sich Anfang September 2001 endgültig aus dem Bündnis mit der Republikanischen Partei gelöst hatte, sowie der „Nationalen Übereinkunft“, geführt von Artasches Geghamian. Dieses Oppositionsbündnis fordert die Ablösung von Präsident Kotscharian und konnte für dieses Anliegen Ende September 2001 rund 10 000 Menschen und einen Monat später sogar über 20 000 Menschen zu Demonstrationen in Jerewan ver-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

sammeln. Das Oppositionsbündnis versucht parallel dazu, unter den Abgeordneten des Parlaments Unterschriften für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten zu sammeln, hat aber bisher nicht die notwendige Zahl von Unterschriften erreichen können.

Planmäßig sollen sowohl die nächsten Präsidentschafts- als auch die nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2003 stattfinden. Präsident Kotscharian hat bereits angekündigt, er wolle für eine zweite Amtszeit kandidieren. Zuvor soll eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung abgehalten werden, um die sich ebenfalls ein heftiger Streit zwischen Regierung und Opposition entzündet hat. Während ein breites Bündnis von Oppositionsparteien einen Entwurf vorgelegt hat, der die Umwandlung Armeniens in ein parlamentarisch geprägtes System vorsieht, besteht Präsident Kotscharian darauf, lediglich den von einer von ihm selbst eingesetzten Kommission erarbeiteten Entwurf zur Abstimmung zu stellen. Dieser Entwurf sieht nur relativ geringe Abstriche an den bisher sehr umfassenden Vollmachten des Präsidenten vor, ohne vom Konzept eines Präsidialsystems abzugehen.

Transportwege

Als Folge des im Februar 1988 ausgebrochenen Konflikts um die armenisch besiedelte Enklave Berg-Karabach hat Aserbaidshan seit Herbst 1989 eine Blockade gegen das Nachbarland verhängt, die seit Herbst 1991 als vollständig zu bezeichnen ist. 85% aller Straßenverbindungen nach Armenien sowie nahezu alle dorthin verlegten Pipelines verliefen damals über aserbaidshanisches Gebiet. Seit Anfang April 1993 verweigert auch die Türkei alle Transporte nach Armenien über ihr Territorium, einschließlich humanitärer Hilfslieferungen. War zunächst auch der Luftweg über die Türkei nach Armenien gesperrt, so hat die türkische Regierung im Oktober 1995 zumindest einen Luftkorridor über ihr Staatsgebiet nach Armenien freigegeben. Den mehrfachen Ankündigungen türkischer Spitzenpolitiker, demnächst auch einen Grenzübergang zu Armenien zu eröffnen, sind bisher keine Taten gefolgt.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Der Transit durch Georgien erweist sich auch jetzt nach der weitgehenden Beendigung der dort ausgetragenen internen Konflikte noch als äußerst risikoreich und schwierig. Auch die über Abchasien verlaufende Eisenbahnlinie, die Armenien mit Moskau verbindet, kann noch nicht wieder benutzt werden, da einige Brücken in deren Verlauf noch nicht wieder aufgebaut sind und zudem einige Streckenabschnitte noch vermint sind. Waren und Hilfslieferungen für Armenien, die in den georgischen Schwarzmeerhäfen Poti und Batumi angelandet werden, benötigen auf den drei noch befahrbaren, aber in sehr schlechtem Zustand befindlichen Straßen nach Armenien per LKW zehn bis fünfzehn Tage. Zudem erheben die georgischen Behörden zum Teil sehr hohe Transitzölle auf die für Armenien bestimmten Güter.

Die einzige noch in Betrieb befindliche Eisenbahnlinie nach Armenien führt über Tbilissi nach Gjumri in Nordarmenien und passiert dabei die hauptsächlich von Aseris besiedelte georgische Region Marneuli, in der bereits zahlreiche Sprengstoffanschläge auf eine Eisenbahnbrücke über den Fluß Chram sowie andere Streckenabschnitte verübt worden sind. Dabei waren auch mehrere Menschen ums Leben gekommen.

Im Dezember 1998 vereinbarten die Verkehrsminister Armeniens, Georgiens und Bulgariens einen regelmäßigen Fährverkehr zwischen den georgischen und bulgarischen Schwarzmeerhäfen. Von dort können nach Inbetriebnahme der Fährlinie armenische Waren auf dem Schienen- oder Straßenweg an ihre Bestimmungsorte in Europa und umgekehrt gelangen. Die Fährlinie ist Bestandteil des so genannten TRACECA-Projekts, mit dem die alten Handelswege zwischen Europa und Zentralasien wieder belebt werden sollen.

Mit Iran war Armenien bis Ende 1995 nur durch eine 1992 eröffnete behelfsmäßige Pontonbrücke über den Grenzfluß Arax verbunden. Aufgrund des stark angewachsenen Handels zwischen den beiden Staaten und des damit verbundenen großen Verkehrszuwachses war diese Brücke und die dazugehörige Zollstation jedoch hoffnungslos überlastet. Am 9. Januar 1996 wurde schließlich eine neu errichtete 192 Meter lange Brücke über den Arax eröffnet, durch die der Grenzverkehr erheblich beschleunigt werden konnte.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Die Straße von der armenischen Grenzstadt Meghri an der iranischen Grenze nach Jerewan führt jedoch durch schwer passierbare Gebirgsregionen und ist im Winter oft nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht befahrbar. Selbst bei guten Straßenverhältnissen nimmt die Fahrt von Meghri nach Jerewan 10 bis 12 Stunden in Anspruch. Es ist daher geplant, diese Strecke durch den Bau eines Tunnels wetterunabhängiger und sicherer zu machen. Eine Vereinbarung zum Bau dieses Tunnels wurde im Dezember 2001 bei einem Besuch von Präsident Kotscharian in Teheran unterzeichnet. Eine wesentlich kürzere Route, die von Meghri über die aserbaid-schanische Exklave Nachitschewan führt, ist seit der Verhängung der Blockade durch Aserbaidschan nicht mehr zum Transit nach und von Armenien zu benutzen. Auch die Eisenbahnlinie, die aus Iran über Nachitschewan nach Armenien führt, ist seither gesperrt.

Mit Hilfe eines Kreditprogramms der Weltbank wird seit 1995 das armenischen Straßennetz erneuert. Insgesamt standen hierfür zunächst 31 Mio. \$ zur Verfügung. Bis zum Jahresende 2000 wurden insgesamt rund 640 Straßenkilometer, das entspricht 41% des gesamten armenischen Straßennetzes, repariert. Im Rahmen dieses Programms wurden 1 500 Arbeitsstellen für Bauarbeiter geschaffen. Ein Anfang Juni 2000 bewilligtes weiteres Kreditprogramm der Weltbank über 46,1 Mio. \$ für die Verbesserung der Transportinfrastruktur Armeniens sieht 30,9 Mio. \$ für die Erneuerung und den Ausbau von Straßen und Brücken sowie 15,2 Mio. \$ für den Bereich der Eisenbahnen vor. Dabei sollen vor allem die Verbindungswege nach Georgien und Iran ausgebaut werden. 6,4 Mio. der insgesamt 46,1 Mio. \$ muss die armenische Regierung selbst aufbringen. Die mit dem Programm zu finanzierenden Reparaturarbeiten werden fünf Jahre dauern. Auch die Lincy Foundation des armenisch-amerikanischen Multimilliardärs Kirk Kerkorian hat ein Kreditprogramm zur Erneuerung der Straßenwege über 38 Mio. \$ erstellt. Es soll bis zum November 2003 abgeschlossen sein und rund 5000 Arbeitsplätze schaffen.

Für die Renovierung der Schienenwege kamen zuvor aus Mitteln des UN-Welternährungsprogramms WFP (World Food

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Programme) bereits 1 Mio. \$ sowie aus Mitteln der EU knapp 1 Mio. DM. Erforderlich wären aber insgesamt 40 Mio. \$, um ein normales Funktionieren des Eisenbahnverkehrs zu gewährleisten. Bisher konnten erst 25 der insgesamt in Armenien vorhandenen 200 Schienenkilometer erneuert werden. Mitte Juli 2000 konnte im Jerewaner Bahnhof Karmir Blur ein neues Frachtterminal in Betrieb genommen werden, dessen Bau von der EU im Rahmen des TRACECA-Programms mit 1 Mio. Euro bezuschusst worden war. 250 000 \$ steuerte die armenische Regierung bei.

Das in und nach Armenien transportierte Frachtvolumen nahm im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 9,8% zu und belief sich auf 4,92 Mio. t. 1,39 Mio. t wurden dabei mit der Eisenbahn transportiert (-2%), 2,56 Mio. t per LKW (+23%), 958 900 t (ausschließlich Erdgas) über Pipelines und 11 400 t per Flugzeug (-17,4%). Im Personentransportverkehr wurden im Jahr 2001 151,9 Mio. Personen befördert (+14,5%), davon 1,17 Mio. mit der Eisenbahn (+7,3%).

Der armenischstämmige argentinische Milliardär Ernesto Eurnekian unterzeichnete am 17. Dezember 2001 eine Vereinbarung mit der armenischen Regierung, durch die ihm für die Dauer von 50 Jahren die Kontrolle über Jerewans internationalen Flughafen Swartnoz übertragen wurde. Eurnekians Firmengruppe „Aerpourtos Argentina“, die bereits 33 Flughäfen in Lateinamerika betreibt, verpflichtet sich darin, mindestens 50 Mio. \$ in den Flughafen zu investieren, um ihn auf europäischen Standard zu bringen. U.a. soll innerhalb der nächsten drei Jahre ein neues, modernes Terminal gebaut werden, über das dann der größte Teil der Flüge von und nach Armenien abgewickelt werden kann. Ebenso soll die Rollbahn erneuert und erweitert werden und eine Reihe anderer Flughafeneinrichtungen modernisiert werden. Das derzeitige Hauptgebäude des Flughafens stammt aus dem Jahr 1981 und hat im Jahr 2000 rund 550 000 Passagiere abgefertigt. Swartnoz wird technisch gesehen weiterhin in staatlichem Eigentum verbleiben, aber von einer ausländischen Firma geleitet werden. In Armenien erhofft man sich durch den Ausbau und die Modernisierung der Flughafenanlagen auch einen Aufschwung für den Tourismus.

Energieversorgung

Armenien bezog vor der Blockade seine Energie fast ausschließlich aus Erdgasimporten aus bzw. über das Gebiet von Aserbaidschan sowie aus den beiden 1976 bzw. 1979 in Betrieb genommenen Reaktoren des Kernkraftwerks Medsamor, das nach dem verheerenden Erdbeben vom Dezember 1988 stillgelegt worden war und erst seit 1995 zum Teil wieder in Betrieb ist (s.a. folgenden Abschnitt). Die zunächst einzige nach der Blockade verbliebene Erdgaspipeline zur Versorgung Armeniens verlief von Turkmenistan über Usbekistan, den Nordkaukasus und Georgien. Sie war in den vergangenen Jahren im Streckenabschnitt, der über den vorwiegend aserisch besiedelten georgischen Bezirk Marneuli verläuft, immer wieder gesprengt worden, zuletzt auch auf dem Gebiet von Tschetschenien. Diese Anschläge hatten zur Folge, dass Armenien jeweils für die Dauer der Reparaturarbeiten oftmals völlig von der Gaszufuhr abgeschnitten war.

In Armenien selbst werden lediglich geringe Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet, deren Exploration und Nutzung zudem hohe Kosten erfordern würden. In Zusammenarbeit mit einem US-Unternehmen sollten Öl- und Gasvorkommen auf einer Fläche von insgesamt 12 700 km² in den Regionen Kotaik, Garni, Talin, Gjumri und in der Araratebene erkundet werden. In das Projekt wurden zunächst rund 10 Mio. \$ investiert. Jedoch mussten die Arbeiten inzwischen aus Geldmangel vorerst eingestellt werden. Von den Kohlefeldern bei Idschewan und Dschadschur können pro Jahr nicht mehr als 50 000 t Kohle abgebaut werden.

Armenien verfügt über eine Reihe meist kleinerer Wasserkraftwerke, darunter die sogenannte Sewan-Kaskade, die das Wasser des Sewansees zur Energiegewinnung nutzt, was jedoch ein weiteres Absinken des Wasserspiegels des ohnehin stark gefährdeten Gewässers zur Folge hat (s.a. Abschnitt Umweltproblematik). Durch verschiedene Projekte, darunter vor allem die Modernisierung vorhandener Wasserkraftwerke, soll der Anteil der Wasserkraft an der Energieerzeugung daher auf anderen, ökologisch unbedenklicheren Wegen gesteigert werden. So hat u.a. die deutsche Bundesregierung Ar-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

menien einen Kredit von 25 Mio. DM für die Erneuerung und den Ausbau kleinerer Wasserkraftwerke zur Verfügung gestellt. Diese sind zumeist vor über 30 Jahren gebaut worden.

Für die Rehabilitierung des Wasserkraftwerks Kanaker hatte die Bundesregierung bei den deutsch-armenischen Regierungsverhandlungen 1995/96 insgesamt 25 Mio. DM bereitgestellt. Im Vorgriff auf die Zusage 2001 wurden weitere 10 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Ende April 2000 gewann die Firma ABB Mannheim/Alstom die Ausschreibung für die eigentlichen Instandsetzungsarbeiten mit denen im Juli 2001 begonnen wurde. Mit dem Vorhaben soll die Stromerzeugungskapazität des 1936 erbauten Wasserkraftwerks durch Rehabilitierungsmaßnahmen an zwei Blöcken (je 25 MW) erhalten und das vorhandene Wasserpotenzial besser genutzt werden. Die Arbeiten sollen voraussichtlich im Februar 2002 abgeschlossen sein.

Die Weltbank gewährte der armenischen Regierung einen Kredit von 13,7 Mio. \$ für die Instandhaltung von Thermal- und Wasserkraftwerken sowie 35 Mio. \$ für die Erhöhung der Effizienz von Wasserkraftwerken und die Rekonstruktion von zwei Thermalkraftwerken. Von der EU wurden für das Jahr 2001 rund 4 Mio. Euro für die Erneuerung der Wasserkraftwerke Argel und Tatew zur Verfügung gestellt. Im März 1997 war zudem mit der Privatisierung der bestehenden Wasserkraftwerke begonnen worden.

Auf längere Sicht angelegt ist ein umfassender Plan des Energieministeriums zum Ausbau der Energieerzeugung aus Wasserkraft. Er sieht den Bau von 325 kleinen Wasserkraftwerken sowie zweier großer Wasserkraftwerke im Nordosten des Landes vor, die über eine Kapazität von 60 bzw. 75 Megawatt verfügen sollen und jährlich 192 bzw. 300 Mio. Kilowattstunden Strom produzieren sollen. Mögliche Investoren für diese Projekte sieht man in französischen, kanadischen, russischen und chinesischen Unternehmen. Finanzmittel hierfür erhofft man sich auch von Weltbank und EBRD.

Geplant ist als größtes Projekt zur Sicherung der Energieversorgung Armeniens seit längerem der Bau einer neuen Erdgaspipeline, die von der nordiranischen Stadt Täbriz aus

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Armenien beliefern soll. Ein internationales Konsortium, an dem u.a. das armenische Energieministerium, die nationale Gas-Gesellschaft von Iran, der russische Gaskonzern Gazprom und Gaz de France beteiligt sein werden, soll das Projekt, dessen Gesamtkosten auf rund 120 Mio. \$ geschätzt werden, realisieren. Auch der griechische nationale Gaskonzern und einige chinesische Unternehmen sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) haben Interesse an einer Beteiligung an dem Pipeline-Projekt signalisiert.

Endpunkt der 140 Kilometer langen Pipeline, davon 40 Kilometer auf armenischem Gebiet, soll die armenische Stadt Kadscharan sein. Die griechische Firma Asprofos fertigt zusammen mit armenischen Spezialisten derzeit eine Machbarkeitsstudie für das Pipelineprojekt an. Die EU hatte kürzlich 3 Mio. Euro für die Durchführung technischer Studien für das Pipelineprojekt zugesagt. Spekuliert wird auch über eine mögliche Verlängerung dieser Pipeline bis nach Westeuropa. Das Gas, das nach der Fertigstellung über diese Pipeline nach Armenien transportiert werden wird, wird voraussichtlich nicht aus Iran, sondern aus Turkmenistan kommen und über Iran geleitet werden, da Turkmenistan günstigere Preise angeboten hat. Die technischen Dokumente, die für den Bau der Pipeline erforderlich sind, sollen bis Ende 2002 fertig gestellt sein.

Auch für ein ebenfalls schon seit längerem ins Auge gefasstes Wasserkraftwerk am armenisch-iranischen Grenzfluss Arax sollen nun Machbarkeitsstudien ausgearbeitet werden. Das Wasserkraftwerk soll eine Kapazität von 78,9 Megawatt haben und pro Jahr 469 Mio. Kilowattstunden Strom liefern. Als voraussichtliche Kosten werden zwischen 60 und 80 Mio. \$ veranschlagt. Die Bauzeit wird voraussichtlich fünf Jahre betragen. Bereits fertig gestellt wurden Übertragungsleitungen, über die Armenien während des Winters Stromlieferungen aus Iran importiert und im Ausgleich dazu während des Sommers Strom an Iran liefert.

Am 30. August 1997 unterzeichneten der russische Gaskonzern Gazprom, das armenische Energieministerium und das internationale Energieunternehmen Iteira (ein in den USA

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

registriertes Konsortium von mehr als 60 Firmen, u.a. aus Russland, Turkmenistan, der Ukraine, Belarus, Kasachstan und der Schweiz) eine Vereinbarung über die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens „Armrosgazprom“ mit einem Grundkapital von 280 Mio. \$, bei dem die Republik Armenien und Gazprom je 45% und ITERA 10% der Anteile halten. Hauptaufgabe des Unternehmens war der Bau und ist jetzt der Betrieb einer Pipeline, über die inzwischen Gas aus der sibirischen Tjumen-Region nach Georgien und Armenien transportiert wird. Später soll sie möglicherweise bis in die Türkei verlängert werden. Über diese Pipeline werden derzeit rund 5 Mio. m³ Gas pro Tag nach Armenien geliefert. Bis zum Jahr 2003 soll der Umfang der Gaslieferungen nach bzw. durch Armenien auf 9 Mio. m³ gesteigert werden.

Ein ständiges Problem stellt die Verschuldung Armeniens gegenüber der für die Gaslieferungen verantwortlichen Firma Itera dar. Über die tatsächliche Höhe dieser Schulden besteht zwischen beiden Seiten Uneinigkeit. Itera beziffert sie auf 36,9 Mio. \$, das armenische Energieministerium jedoch nur auf 7,2 Mio. \$. Itera drohte bereits mehrfach die Reduzierung bzw. den Stopp der Gaslieferungen nach Armenien an, sollte die armenische Regierung den Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Problematisch wurde dies im Jahr 2001 vor allem auch dadurch, dass das KKW Medsamor ab Mitte Juli 2001 nahezu fünf Monate wegen Wartungsarbeiten und der notwendigen Erneuerung der Kernbrennstäbe stillstand und in dieser Zeit die Gasimporte nach Armenien nahezu verdoppelt werden mussten. Der Wechsel der Kernbrennstäbe hatte sich erheblich verzögert, da die armenische Regierung auch nicht in der Lage war, die dafür anfallenden 13 Mio. \$ zu bezahlen. Die Brennstäbe konnten erst aus Russland geliefert werden, nachdem ein Teilbetrag von 4 Mio. \$, die aus dem Privatisierungsfonds entnommen wurden, bezahlt worden war.

Derzeit wird das sieben Jahre lang lahm liegende armenische Gasversorgungsnetz wieder hergestellt. Ende Juni 1997 wurden erstmals 104 Wohnungen im Jerewaner Stadtteil Erebuni sowie 85 größere Gebäude in Etschmiadzin wieder an die Gasversorgung angeschlossen. Inzwischen sind 110 000 Haushalte und rund 300 Industrieunternehmen wieder an das Gasnetz angeschlossen. Vor der Energieblockade durch A-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

serbaidtschan waren 480 000 Wohngebäude und rund 2 000 Unternehmen an das Gasnetz angeschlossen. 40% des Gasverteilernetzes sind inzwischen wieder hergestellt. In etwa drei Jahren soll das gesamte Gasnetz überholt und wieder funktionsstüchtig sein. Die Umsetzung der Arbeiten wird etwa 26,5 Mio. \$ kosten. Der Preis für einen m³ Gas beträgt derzeit 79,1 \$. Die Schulden der armenischen Gasverbraucher bei Armrosgazprom beliefen sich im Mai 2001 auf rund 32 Mio. \$. Davon entfallen allein 5,5 Mio. \$ auf den Chemiekonzern Nairit, 7,3 Mio. \$ auf andere Unternehmen, 11 Mio. \$ auf das Energieversorgungssystem und 6 Mio. \$ auf die privaten Verbraucher. Von den 110 000 Kunden von Armrosgazprom wurde etwa 30 000 der Bezug aufgrund unbezahlter Rechnungen gesperrt.

Während in den Jahren nach Einsetzen der Blockade die Stromversorgung für die armenischen Privathaushalte auf täglich ein bis zwei Stunden in den Wintermonaten und zwei bis vier Stunden während der warmen Jahreszeit (davon oft mehr als die Hälfte nachts) beschränkt war, steht seit mehreren Jahren in den meisten Gegenden wieder rund um die Uhr Strom zur Verfügung. Grund für die verbesserte Energiesituation ist u.a. die Ende 1995 erfolgte Wiederinbetriebnahme von Block II des Kernkraftwerks in Medsamor.

Im Dezember 2000 wurde eine Stromleitung von Armenien in die überwiegend armenisch besiedelte, äußerst strukturschwache georgische Region Dschawach fertiggestellt. Da man sich jedoch mit dem regionalen georgischen Stromversorger lange Zeit nicht über den Preis für den zu liefernden Strom einigen konnte, wurde diese Verbindung erst kürzlich in Betrieb genommen. Inzwischen werden pro Tag durchschnittlich 8,1 Mio. Kilowattstunden Strom zum Preis von 0,024 \$ pro Kilowattstunde in den Dschawach geliefert werden. Im Dezember 2001 wurden die armenischen Stromexporte nach Georgien außerplanmäßig beträchtlich erhöht, nachdem es durch eine Explosion im wichtigsten georgischen Kraftwerk dort zu gravierenden Engpässen bei der Energieversorgung gekommen war. Georgien schuldete Armenien zu diesem Zeitpunkt bereits rund 4,4 Mio. \$ für Stromlieferungen.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Im Jahr 2001 wurden in Armenien 57,44 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert. Das waren 2,6% weniger als im Jahr zuvor. 1,3 Mio. Kilowattstunden werden während des Winters pro Tag aus Iran importiert, die während des Sommers im Gegenzug nach Iran exportiert werden. Im Jahr 2001 kamen 48,6% des produzierten Stroms aus Thermalkraftwerken, 16,8% aus Wasserkraftwerken und 34,6% aus dem Kernkraftwerk Medsamor.

Die stark gestiegenen Kosten für Strom sind für einige der sozial Schwächsten oft nicht zu bezahlen. Da bei Nichtbezahlung des Stromverbrauchs nunmehr unverzüglich Stromsperren vorgenommen werden, konnte inzwischen erreicht werden, dass die meisten privaten Haushalte ihre Stromrechnungen auch bezahlen. Dennoch bezifferte sich der Wert der in den vergangenen Jahren aufgelaufenen nicht bezahlten Stromlieferungen, zumeist an größere Unternehmen, im Oktober 2001 auf rund 250 Mio. \$. Im Jahr 2000 konnten 88,5% der gesamten Stromgebühren, das entspricht 74,1 Mrd. Dram von insgesamt aufgelaufenen 83,3 Mrd. Dram, bei den Verbrauchern auch eingetrieben werden, was etwa dem Niveau des Vorjahres entspricht.

Im Sommer 1999 wurden die vier großen Betreiber des armenischen Stromnetzes zur Privatisierung ausgeschrieben. Es hatten sich zunächst 15 ausländische Unternehmen um den Zuschlag beworben, von denen nach einer Vorauswahl noch fünf Unternehmen im Wettbewerb verblieben: AES Silk Road (USA), Electricité de France (EdF), Union Fenosa (Spanien), ABB (Schweiz/Schweden) sowie ein Konsortium, bestehend aus dem internationalen Energiekonzern Itera und dem russischen Gaskonzern Rosenergoatom. Dieses Konsortium wurde jedoch im April 2000 auf Druck der Weltbank vom Wettbewerb ausgeschlossen, da es ein entscheidendes Kriterium für die weitere Teilnahme an der Konkurrenz nicht erfüllt hatte. Rosenergoatom hatte es angeblich unterlassen, die Ergebnisse einer nach internationalen Maßstäben durchgeführten Bilanzprüfung vorzulegen. Voraussetzung für die Erteilung des Zuschlags war ferner, dass der oder die Käufer bereit sind, die notwendigen Investitionen in die Erneuerung des Energienetzes zu tätigen. Aufgrund des veralteten armenischen Leitungsnetzes sind die Energieverluste beim Strom-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

transport zum Verbraucher beträchtlich. Sie konnten aber inzwischen schon von rund 20% im Jahr 1998 auf etwa 13,5% reduziert werden. Für die Erneuerung des Elektrizitätsnetzes werden nach Einschätzung von Experten bis zum Jahr 2010 Investitionen von mindestens 700 Mio. \$ erforderlich sein.

Es war vorgesehen, dass nicht alle vier zu privatisierenden Unternehmen an ein und denselben Käufer gehen sollten. Vielmehr sollten jeweils zwei an einen der Bewerber gehen. Die Käufer sollten 51% aller Anteile an den Stromnetzbetreibern erwerben. Die Regierung sollte 20% der Anteile behalten. 5% sollten an den Aktienbörsen angeboten werden und 4% der Anteile von den Beschäftigten der Unternehmen gezeichnet werden. Weitere 20% sollten von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) übernommen werden. Ein entsprechendes Abkommen zwischen der EBRD und der armenischen Regierung war am 5. Dezember 2000 unterzeichnet worden. Die EBRD sollte demnach ihre Anteile vertragsgemäß mindestens fünf Jahre behalten und sie erst nach Ablauf dieses Zeitraums frei veräußern können.

Eine Entscheidung darüber, wer von den Bewerbern den Zuschlag erhalten würde, sollte ursprünglich bis zum Juni 2000 fallen. Jedoch setzte das armenische Parlament Ende April 2000 das Wettbewerbsverfahren durch einen Entschluss vorerst aus und machte zur Voraussetzung für die Fortsetzung des Privatisierungsverfahrens, dass zunächst ein Gesetz vom Parlament erarbeitet und verabschiedet werden solle, das dieses Verfahren regeln und u.a. dem Parlament mehr Mitwirkungsmöglichkeiten verschaffen sollte. Das Verfahren zur Privatisierung der Stromversorgungsunternehmen verzögerte sich dadurch erheblich. Gleichzeitig lagen auch alle Kreditteilungen von Weltbank und IWF auf Eis, da diese an die Auflage der Fortsetzung des Privatisierungsverfahrens gebunden waren.

Nachdem sich ABB und EdF ohne Nennung von Gründen aus dem Wettbewerb zurückgezogen hatten, verblieben schließlich nur noch zwei Unternehmen. Zwar hätte der Abschluss des Verfahrens am 25./26. März 2001 erfolgen sollen, er wurde jedoch auf Bitten von AES Silk Road auf den 19. April 2001 verschoben. In den Tagen vor diesem neuen Ter-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

min kam es zu mehreren Demonstrationen in Jerewan mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern, die den Stopp des Privatisierungsverfahrens forderten, da das Stromnetz strategische Bedeutung habe und daher nicht in die Hände ausländischer Firmen gelegt werden dürfe. Schließlich zogen sich auch die beiden zuletzt noch verbliebenen Bewerber, Union Fenosa und AES Silk Road, zurück und legten bis zum gesetzten Stichtag kein Angebot vor.

Die armenische Regierung hatte danach eine neue Ausschreibung eingeleitet und wollte die Privatisierung des Stromnetzes möglichst bis Ende 2001 zum Abschluss bringen. Jedoch schlug auch der zweite Versuch fehl. Bis zum Stichtag, dem 30. November 2001, waren keine Angebote unterbreitet worden. Auch die zuletzt noch als einzige ausländische Firma Interesse zeigende russische UES hatte sich aus dem Verfahren zurückgezogen.

Dem Vernehmen nach soll die in russischem Staatsbesitz befindliche UES daran interessiert gewesen sein, das armenische Stromnetz im Ausgleich für einen Erlass der armenischen Staatsschulden zu übernehmen. Dem hatten sich aber die Weltbank und andere ausländische Geberinstitutionen entgegengestellt. Die armenische Regierung plant nun, das Stromnetz im Rahmen eines Leasingmodells an private Betreiber zu vergeben. Einem solchen Modell soll auch die Weltbank zugestimmt haben. Als ersten Schritt zu einer solchen Lösung beschloss die armenische Regierung am 13. Dezember 2001, die vier Stromnetzbetreiber in einer Gesellschaft zusammenzuschließen. Die Umstrukturierung soll innerhalb des ersten Quartals 2002 abgeschlossen sein.

KKW Medsamor

Die zwei 1976 bzw. 1979 in Betrieb genommenen Reaktoren des Kernkraftwerks (KKW) Medsamor, 32 Kilometer westlich von Jerewan gelegen, gehören zur Baureihe WWER 440-230 und sind Druckwasserreaktoren im Gegensatz zu den Grafitsiedewasserreaktoren vom Typ RBMK (Tschernobyl-Typ). Zehn weitere baugleiche Reaktoren sind derzeit noch im Gebiet der früheren Sowjetunion und in Osteuropa in Betrieb,

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

u.a. in Kosloduj (Bulgarien), dessen Schließung jedoch eingeleitet ist, und in Bohunice (Slowakei). Von westlichen Experten wird im Allgemeinen die Auffassung vertreten, die Reaktoren dieses Typs sollten nur noch für eine relativ kurze Übergangszeit betrieben werden, da die WWER-440-230-Reaktoren auch gegenüber dem verwandten Typ WWER 440-213 (Greifswald-Typ) einige zusätzliche Mängel aufweisen, die auch durch Nachrüstung nicht gänzlich behoben werden können.

Zu den größten Schwachpunkten aller WWER-440-Reaktoren gehören u.a. das Fehlen einer ausreichenden Schutzhülle um den Reaktor, sehr begrenzte Möglichkeiten zur Kühlung der aktiven Zone im Falle eines Unfalls, unzulängliche Kontroll- und Messsysteme sowie ein mangelhafter Erdbebenschutz. Neuere Untersuchungen, die anhand der Auswertung der Auswirkungen des Erdbebens vom Dezember 1988 angestellt wurden, haben ergeben, dass Medsamor nicht wie zuvor angenommen in einer Zone tektonischer Verwerfungen liegt, sondern auf einem stabilen Erdblock. Das Erdbeben hinterließ im KKW selbst keine Schäden. Dennoch entschloss sich die damalige sowjetarmenische Führung, Bürgerprotesten nachzugeben und im März 1989 das KKW stillzulegen, zumal die Energieversorgung zu jenem Zeitpunkt noch durch Erdgasimporte sichergestellt werden konnte.

Laut einer am 27. November 2001 veröffentlichten Studie des österreichischen Instituts für angewandte Ökologie sind der Reaktor in Medsamor sowie die typgleichen Reaktoren des KKW Kosloduj (Bulgarien) die unsichersten und schlechtesten in Europa. Beide erhielten jeweils 13 „schwarze Punkte“. Ausschlaggebend für die Verteilung dieser Punkte und die Einstufung der Kraftwerke waren u.a. das Alter der Reaktoren, die geografische Lage und die finanzielle Ausstattung.

Aufgrund des durch die Blockade bedingten Energienotstandes stimmte im April 1993 das armenische Parlament einer Regierungsvorlage zu, die die Wiederinbetriebnahme Medsamors vorsah. Mit Mitteln aus einem russischen Kredit und mit technischer Hilfe durch russische Experten wurde der zweite Reaktorblock des KKW mit einer Leistung von 440 Megawatt wieder betriebsbereit gemacht. Russland lieferte

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

auch das nukleare Brennmaterial und übernahm die Ausbildung des Personals. Spezialisten der internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) in Wien hatten vor dem Wiederanlaufen des Reaktors die Anlage inspiziert und keine grundsätzlichen Bedenken gegen dessen Wiederinbetriebnahme geäußert. Die armenische Regierung hat sich verpflichtet, den Mitarbeitern der IAEA auch weiterhin unbeschränkt Zugang zum Kraftwerk zu gewähren und die Einhaltung der in Russland geltenden Sicherheitsstandards zu garantieren.

Am 19. Juni 1995 wurde der Reaktorblock II des KKW's erstmals wieder angefahren. Es war dies weltweit der erste und bisher einzige Fall, in dem ein bereits stillgelegter Kernreaktor wieder in Betrieb genommen wurde. Nach einer Serie von Probeläufen liefert Medsamor seit dem Nachmittag des 5. November 1995 wieder Strom ins Netz. Derzeit liefert der Reaktor rund ein Drittel der gesamten Energieproduktion Armeniens. In einem Protokoll, das von der armenischen Regierung und der Europäischen Union im September 1999 unterzeichnet wurde, verpflichtet sich Armenien, das KKW bis zum Ende des Jahres 2004 stillzulegen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass mit Unterstützung aus EU-Mitteln bis zu diesem Zeitpunkt anderweitige Kapazitäten zur Stromerzeugung im Umfang von 600 Megawatt geschaffen werden können.

Ende Januar 1996 vereinbarte der französische Nuklearkonzern Framatome mit der armenischen Regierung den Bau einer Anlage zur Trockenlagerung von abgebrannten Kernstäben, für den die französische Regierung 40 Mio. Francs (ca. 13 Mio. DM) zur Verfügung stellte, davon 15,5 Mio. als Beihilfe, den Rest als Kredit mit einer Laufzeit von 40 Jahren. In diesem Lager kann der anfallende Atommüll über 60 Jahre lang sicher gelagert werden.

Die deutsche Bundesregierung stellte Armenien anlässlich des Besuchs des damaligen Außenministers Kinkel in Jerevan im Dezember 1995 Finanzhilfen von 30 Mio. DM für den Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen in Medsamor zur Verfügung. Von Russland erhielt Armenien zu dem selben Zweck einen Kredit von umgerechnet 18,5 Mio. \$ und im Dezember 1998 einen weiteren Kredit über 20 Mio. \$, der in den Jahren

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

2003 bis 2008 zurückgezahlt werden muss und für die Finanzierung des Kaufs von nuklearem Brennstoff sowie für die Beschäftigung russischer Experten im KKW verwendet werden soll.

Die IAEA stellte 300 000 \$ für Ausbildungsprogramme für das Personal in Medsamor zur Verfügung. Mit Unterstützung der IAEA hat man darüber hinaus begonnen, das Kontrollsystem der Anlage zu erneuern. Bedeutende Finanzmittel für den Ausbau der Sicherheitssysteme von Medsamor kamen auch aus den USA, die bisher hierfür 19 Mio. \$ zur Verfügung stellten sowie von der EU, die bisher 12 Mio. Euro aus Mitteln des TACIS-Programms bewilligte. Im Jahr 2001 stellte die EU für diesen Zweck weitere rund 11 Mio. Euro und die USA weitere 5 Mio. \$ zur Verfügung.

Im KKW sind derzeit 1941 Personen beschäftigt, die einen Durchschnittslohn von 81 000 Dram (150 \$) erhalten. Allerdings werden die Löhne zumeist mit monatelanger Verspätung ausbezahlt, was bereits mehrfach zu Protesten und Streikandrohungen der Beschäftigten geführt hat. Auch die Telefonanschlüsse des KKW wurden bis auf jenen des Direktors im August 2001 wegen aufgelaufener Schulden gegenüber der Telefongesellschaft ArmenTel von 12 Mio. Dram (21 600 \$) vorübergehend gesperrt. Der Geldmangel des KKW resultiert vor allem aus Schulden, die der nationale Stromversorgungskonzern Hayenergo seinerseits bei dem Unternehmen in Medsamor hat und die sich im Oktober 2001 auf 120 Mio. \$ beliefen.

Im Juli 1996 hatte der damalige Präsident Ter-Petrosian per Dekret die Gründung eines Sicherheitsrates für Atomenergie angeordnet, in den neben einheimischen Fachleuten auch Experten aus Russland, Deutschland, den USA, Großbritannien, Frankreich, Finnland und Belgien berufen wurden. Vorsitzender des Gremiums ist der frühere Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Adolf Birkhöfer. Im Rahmen eines Partnerschaftsprogramms des Internationalen Verbands der Nuklearorganisationen mit Kernkraftwerken in Osteuropa und der GUS (WANO) schlossen die Betreiber des deutschen KKW Obrigheim Anfang Juni 1999 ein Partnerschaftsabkommen mit dem KKW Medsamor. Die Zu-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

sammenarbeit soll vor allem der Anhebung der Sicherheitsstandards in Medsamor dienen.

Am 1. Februar 1999 verabschiedete das armenische Parlament ein Gesetz zur Nutzung der Nuklearenergie zu friedlichen Zwecken, das die Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von radioaktivem Material und nuklearem Abfall regelt. Es untersagt u.a. die Einfuhr von radioaktivem Abfall, sofern diese nicht in internationalen Abkommen, die von Armenien unterzeichnet wurden, vorgesehen ist, sowie die Ausfuhr von Nuklearmaterial und -technologie an Staaten, die sich nicht in internationalen Verträgen dazu verpflichtet haben, diese zu ausschließlich nicht-militärischen Zwecken zu nutzen.

Wirtschaftsstruktur

Zu Sowjetzeiten nahm Armenien noch unionsweit den zweiten Platz bei der Großchemie und den dritten Platz beim Maschinenbau ein. Von Bedeutung waren ferner die Textil- und die Lederindustrie (vor allem die Schuhherstellung), die Aluminiumproduktion und die Nahrungsmittelverarbeitung. Durch die Energie- und Transportblockade musste ein großer Teil der Industriebetriebe und der Bauunternehmen die Tätigkeit einstellen oder drastisch reduzieren. Hinzu kamen die Auswirkungen des Erdbebens vom Dezember 1988, das rund ein Viertel der armenischen Industrieanlagen zerstört hatte. Die gesamte Wirtschaftsleistung betrug im Jahr 1996 nach Angaben der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) nur noch 40% jener des Jahres 1989. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP, der im Jahr 1990 noch 17,2% betragen hatte, stieg auf 26,2% im Jahr 1999.

Das BIP, das 1989 noch ein Wachstum von 8% im Vergleich zum Vorjahr hatte aufweisen können, sank in den darauf folgenden Jahren drastisch ab, am stärksten im Jahr 1992, um 52,3%. 1994 konnte Armenien erstmals wieder, als damals einziger der GUS-Staaten, ein, wenn auch bescheidenes Wachstum des BIP um 4,5% erzielen. Dennoch erreichte das armenische BIP 1994 erst 33,7% des Niveaus von 1990. Im Jahr 1995 wuchs das BIP auf einen Wert von 522,3 Milliarden Dram an, was ein reales Wachstum von 6,9% bedeutete, und

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

im Jahr 1996 um 6% auf 660 Milliarden Dram. Im Jahr 1997 nahm das BIP um 3% ab, während es im Jahr 1998 wieder um 6% auf insgesamt 1,885 Milliarden \$ stieg. Im Jahr 1999 wuchs das BIP um 4% statt der ursprünglich erwarteten 5 bis 6% auf 1,003 Billionen Dram (1,91 Milliarden \$) oder 490 \$ pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahr 2000 wuchs das BIP um 5% und im Jahr 2001 um 9,6% auf einen Wert von 1,18 Billionen Dram (2,1 Milliarden \$). Davon entfielen u.a. 306,75 Milliarden Dram (547,77 Mio. \$) auf die Industrieproduktion (darin enthalten 87,65 Milliarden Dram aus der Energieproduktion), 351,16 Milliarden Dram (627 Mio. \$) auf die Agrarproduktion und 187,5 Milliarden Dram (334,82 Mio. \$) auf den Bausektor.

Einer Studie der Weltbank zufolge hat das verhältnismäßig hohe Wirtschaftswachstum aber bisher keine entscheidende Anhebung des Lebensstandards weiter Bevölkerungsschichten nach sich gezogen. Diese könnte nur erfolgen, wenn vor allem der industrielle Sektor markante Zuwachszahlen verzeichnen würde und es in diesem Bereich zur verstärkten Schaffung von Arbeitsplätzen käme. Die Weltbankstudie sieht die Hindernisse für eine solche Entwicklung vor allem in den noch immer unzureichenden Bedingungen für Betriebsgründungen und für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen sowie für Investitionen. Hinzu komme der Mangel an Managementenerfahrung in der Führung der Privatbetriebe und die generelle politische Instabilität in der Region des Südkaukasus.

Landwirtschaft

Die Privatisierung der Landwirtschaft wurde bereits 1991 noch zu Zeiten des Bestehens der sowjetischen Zentralregierung und entgegen deren ausdrücklichen Willen begonnen, wodurch Armenien in diesem Bereich eine Pionierrolle übernommen hatte. Im September 1992 waren bereits 90% der landwirtschaftlich genutzten Fläche privatisiert. Die Zahl der auf diese Weise entstandenen landwirtschaftlichen Betriebe ist mit rund 300 000 jedoch zu groß, die durchschnittliche Betriebsgröße von 1,26 Hektar wiederum zu klein, um allen Bauern eine gesicherte wirtschaftliche Existenz gewährleisten zu

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

können. Seit Februar 1994 ist auch der freie Verkauf von Land an Privatpersonen erlaubt.

Schwierigkeiten bereiten den Landwirten u.a. Engpässe bei der Versorgung mit Saatgut, Pflanzenschutzmitteln und Ersatzteilen für die landwirtschaftlichen Maschinen sowie ungünstige Boden- und Witterungsbedingungen (nur 300 ml jährlicher Niederschlag pro m²). Lediglich 10 bis 15% der Fläche Armeniens sind als Ackerland geeignet, so dass der Ertrag aus landwirtschaftlicher Arbeit relativ gering ausfällt. Mehr als 80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sind in mehr oder weniger großem Ausmaß von Erosion betroffen.

Im Jahr 1994 konnte die armenische Landwirtschaft erstmals nach Jahren eines deutlichen Einbruchs wieder einen Produktionsanstieg von 12% erzielen, der hauptsächlich aus einem bedeutenden Zuwachs beim Pflanzenanbau resultierte, während die Viehwirtschaft dagegen weiterhin einen starken Rückgang zu verzeichnen hatte. Auch in den darauf folgenden Jahren konnten jeweils Zuwächse in der landwirtschaftlichen Produktion von etwas über 10% erzielt werden. Im Jahr 1998 wuchs die landwirtschaftliche Produktion um 13% auf einen Wert von 402,12 Milliarden Dram (796,3 Mio. \$). In den beiden darauf folgenden Jahren nahm die landwirtschaftliche Produktion dagegen nur mehr geringfügig zu. Im Jahr 2001 belief sich das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion aber wieder auf 11,5%.

Die Getreideernte beträgt pro Jahr nur 300 000 bis 320 000 t. Benötigt werden aber durchschnittlich 800 000 t pro Jahr, so dass die restliche Menge im Ausland, zumeist in Russland, angekauft werden muss, soweit sie nicht als humanitäre Hilfe ins Land gelangt. Generell muss etwa ein Drittel aller benötigten Nahrungsmittel importiert werden.

Durch eine Dürre im Sommer 1998 waren den armenischen Landwirten laut Aussage des damaligen armenischen Landwirtschaftsministers Wladimir Mowsissian bereits Schäden von 8 Milliarden Dram (15 Mio. \$) entstanden. U.a. wurden 22 000 Hektar Wintergetreide durch das trockene Wetter zerstört und weitere 19 000 Hektar schwer geschädigt. Auch die Obstgärten waren in einem sehr schlechten Zustand. Die Wasser-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

reservoirs hatten auch im Sommer 1999 40% weniger Wasser als in den vergangenen Jahren, so dass zusätzlich 17 artesische Brunnen angelegt und stillgelegte veraltete Pumpstationen wieder in Betrieb genommen werden mussten.

Im Sommer 2000 wurde Armenien erneut von einer schweren Dürre heimgesucht, die zu immensen Schäden in der Landwirtschaft im Umfang von etwa 40 Mio. \$ führte. Durch die Dürre wurden rund 70% der erwarteten Getreideernte sowie große Teile der Ernte an Kartoffeln, Futterpflanzen, Gemüse, Melonen und Kürbissen zerstört. Aufgrund der Dürre fehlten auch rund 5000 bis 6000 t an Saatgut für die Winter Saat. Auch 172 000 Hektar Weideland wurden geschädigt, was zu erheblichen Einbußen in der Fleisch- und Milchproduktion führte. Die Flüsse im Norden des Landes führten im Sommer 2000 10 bis 15% weniger Wasser als üblich, die im Süden des Landes sogar nur die Hälfte.

Armenien hatte ebenso wie Georgien und einige zentralasiatische Staaten die Institutionen der Vereinten Nationen, das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und die Weltbank um Hilfe zur Linderung der durch die Dürreschäden entstandenen Not gebeten. Eine Delegation des UN World Food Programmes (WFP) hatte vor Ort eine Einschätzung der Gesamtschäden vorgenommen und einen Appell an die internationale Gemeinschaft gerichtet, finanzielle Unterstützung zu leisten. Bis zum Jahresende 2000 waren jedoch nur 17,12% der vom WFP für notwendig erachteten Mittel eingegangen, so dass das vorgesehene WFP-Hilfsprogramm für die Dürreopfer nur sehr begrenzt durchgeführt werden konnte. Ende Dezember 2000 wurde mit der Verteilung der WFP-Hilfsgüter an rund 75 000 besonders hart betroffene Familien begonnen. Jede Familie erhielt zunächst 50 kg Mehl und 5 kg Speiseöl.

Auch die USA hatten ein Hilfsprogramm im Wert von 4,5 Mio. \$ für die durch die Dürre geschädigte armenische Landwirtschaft gestartet, in dessen Rahmen Saatgetreide im Wert von 600 000 \$ und 6300 t Futtergetreide an die am härtesten betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe verteilt wurden. Weitere 2,4 Mio. \$ wollen die USA zum WFP-Programm für Armenien beisteuern. Von der deutschen Bundesregierung kamen rund 1000 t Getreide als Nothilfe, mit dessen Verteilung

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Mitte Februar 2001 begonnen wurde. Von der Hilfe sollten rund 297 000 auf dem Land lebende Armenier sowie 170 000 bedürftige Städter profitieren. Im Dezember 2001 stellte die EU 200 000 Euro für dürrer-geschädigte landwirtschaftliche Betriebe zur Verfügung, die vor allem für den Kauf von Viehfutter und Saatgut verwendet werden sollen.

Armenien hat rund 286 000 Hektar bewässertes Ackerland. Für die Instandhaltung und Reparatur des Bewässerungssystems war jedoch in den vergangenen Jahren nur wenig getan worden. Die Wasserverluste beliefen sich teilweise auf rund 50%. Von der Weltbank erhielt Armenien 1994 einen Kredit über 43 Mio. \$ für ein Programm zur Renovierung und zum Ausbau der Bewässerungssysteme. Weitere 8 Mio. \$ kamen vom International Fund for Agricultural Development (IFAD). Im Rahmen dieses Programms konnten bisher 70% des Bewässerungssystems erneuert werden. Am 6. September 2001 unterzeichneten Vertreter der Weltbank und der armenischen Regierung eine Vereinbarung über ein neues Kreditprogramm über 30,8 Mio. \$ zur Sanierung und zum weiteren Ausbau der Bewässerungssysteme. Auch die landesweit rund 80 Wasserreservoirs sind zum großen Teil schadhaft und müssen aus Sicherheitsgründen saniert werden. Ende Juni 1999 bewilligte die Weltbank einen Kredit von 26,6 Mio. \$ für die Renovierung von 20 Reservoirs. Das gesamte Renovierungsprogramm erfordert einen Finanzaufwand von 30,3 Mio. \$, wobei der Restbetrag von 3,7 Mio. \$ von der armenischen Regierung aufgebracht werden muss. Die Arbeiten sollen innerhalb von fünf Jahren abgeschlossen sein.

Die EBRD bewilligte im Dezember 1995 einen Kredit in Höhe von 24,6 Mio. \$, der u.a. den Aufbau eines Großmarktes für Agrarprodukte ermöglichte sowie die Bereitstellung von Krediten für landwirtschaftliche Betriebe. Die Weltbank bewilligte außerdem 22 Mio. \$ für ein Programm zur Unterstützung der Landwirtschaft in drei armenischen Bezirken, das von der FAO umgesetzt wird, sowie 14,5 Mio. \$ für die Umsetzung von Strukturreformen im Agrarbereich. Bei letztgenanntem Programm können landwirtschaftliche Betriebe Kurzeitkredite von bis zu 2 000 \$ zu einem Zinssatz von jährlich 11 bis 16% erhalten. Im Jahr 1999 wurden 11 Mio. Euro von der EU zur Verfügung gestellt, die in Ernährungsprogramme fließen, so-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

wie 14 Mio. \$ von verschiedenen Organisationen, die als Kleinkredite an landwirtschaftliche Betriebe gingen.

Ende August 2000 unterzeichneten die französische Bank Crédit Agricole und die armenische Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank ein Abkommen, demzufolge Crédit Agricole einen Kredit über 1 Mio. \$ zur Verfügung stellt, mit denen die Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank ihrerseits Reformprogramme im Landwirtschaftsbereich fördert. Der International Fund for Agricultural Development (IFAD) mit Sitz in Rom stellte Armenien einen Kredit von 13,5 Mio. \$ für ein Programm zur Förderung der Landwirtschaft in den nordwestlichen Regionen Armeniens zur Verfügung. Aus Mitteln dieses Programms erhielten u.a. 7000 landwirtschaftliche Betriebe in 180 Dörfern Kleinkredite. In 71 ländlichen Kommunen konnten außerdem Infrastrukturprogramme durchgeführt werden, z.B. die Erneuerung der Wasser- und Abwassersysteme. Voraussichtlich wird sich diesem IFAD-Programm ein weiteres im Umfang von 15,5 Mio. \$ anschließen, das dann alle ländlichen Regionen Armeniens einbeziehen soll.

Industrie

Die armenischen Industriebetriebe konnten nach dem Einsetzen der Blockade nur noch zu etwa 30% ihrer Kapazität arbeiten. In Zeiten, in denen es z.B. wegen Sprengungen der Erdgaspipeline zum völligen Stopp der Erdgaseinfuhr kam, konnten nur noch einige wenige absolut lebensnotwendige Betriebe und Einrichtungen (z.B. Großbäckereien und Krankenhäuser) mit Energie versorgt werden. Trotz der mittlerweile verbesserten Energiesituation ist noch immer ein Großteil der armenischen Industriekapazität ungenutzt, u.a. weil die bei vollem Betrieb anfallenden Stromkosten von den Unternehmen nicht bezahlt werden können.

Auch im für Armenien noch immer bedeutendsten Industriesektor, der Chemieindustrie mit derzeit 15 000 Beschäftigten, arbeiten die meisten Betriebe nur mit einem Teil ihrer Kapazität. Die Leichtindustrie, die zu Sowjetzeiten mit 154 Unternehmen und weiteren 160 Zweigbetrieben noch 25% des gesamten Staatseinkommens erwirtschaftete, arbeitet zurzeit mit nur mehr 50 Unternehmen bei durchschnittlich 5%

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Auslastung. Von den rund 100 bereits privatisierten Betrieben aus dem Bereich der Leichtindustrie arbeiteten Ende November 2001 nur 26. Den meisten dieser Betriebe fehlten die notwendigen finanziellen Ressourcen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Auch von den Unternehmen, die noch produzierten, arbeiteten die meisten mit Verlusten.

In den vergangenen Monaten konnten jedoch eine Reihe großer Unternehmen wieder ihren Betrieb aufnehmen bzw. ihre Produktion von einem äußerst niedrigen Niveau ausgehend wieder ausweiten. Nennenswert ist hier vor allem die teilweise Wiederaufnahme der Produktion in Armeniens größtem Chemieunternehmen Nairit, das zunächst mit 10% seiner Kapazität arbeitet. Es soll pro Monat 800 bis 900 t Kautschuk produzieren, der vor allem nach Russland exportiert werden soll. Das Unternehmen ist hoch verschuldet. Allein die Lohnrückstände betragen rund 300 Mio. Dram. Ein für Nairit erarbeiteter Entschuldungsplan sieht die phasenweise Abzahlung der Schulden über drei Jahre hinweg vor.

Auch die Chemiefabrik in Wanadsor hatte im Oktober 2001 nach dreizehn Jahren Stillstand unter dem neuen Eigentümer Zaknaffestroy Prometheus wieder den Betrieb aufgenommen. Zaknaffestroy Prometheus hatte das Werk im Mai 1999 für 1,5 Mio. \$ gekauft und seither rund 20 Mio. \$ in dessen Modernisierung investiert. Das Unternehmen, unter der neuen Firmenbezeichnung Prometheus Chimprom, beschäftigt derzeit 1500 Mitarbeiter. Die Beschäftigtenzahl sollte bis Ende 2002 auf 2500 ansteigen. Es musste jedoch Ende November 2001 vorerst den Betrieb wieder einstellen. Der Grund hierfür waren die hohen Schulden, die sich für Gaslieferungen angesammelt hatten. Darüber hinaus war der Preis für Melamin, eines der Hauptprodukte von Prometheus Chimprom, in den letzten Monaten auf dem Weltmarkt stark gefallen, wodurch das Unternehmen hohe Verluste erlitten hatte.

1994 war es erstmals wieder gelungen, die Industrieproduktion in Armenien um 6% zu steigern. Auch im Jahr 1995 konnte Armenien wieder, als damals einziger GUS-Staat, ein industrielles Wachstum von 2,4% gegenüber dem Vorjahr erzielen. Im Jahr 1996 stieg die Industrieproduktion um 1,2%, wohingegen sie im Jahr 1997 nur mehr um 0,2% zunahm. Im

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Jahr 1998 nahm die industrielle Produktion um 2,5% ab. Im Jahr 1999 wurde ein Produktionszuwachs von knapp 7% registriert. Im Jahr 2000 wuchs die Industrieproduktion um 6,4% auf einen Wert von 298,1 Mrd. Dram (542 Mio. \$). Das größte Wachstum wurde dabei mit 24,8% beim Bergbau registriert. Im Jahr 2001 wuchs die Industrieproduktion um 3,8% auf einen Wert von 306,7 Milliarden Dram (547,68 Mio. \$). Das größte Wachstum wurde dabei mit 19,7% wiederum im Bergbau und der Metall verarbeitenden Industrie registriert. Die Konsumgüterproduktion nahm um 10,1% zu und belief sich auf einen Wert von 137 Milliarden Dram (244,64 Mio. \$).

Nach der Privatisierung der Landwirtschaft wurde Anfang März 1995 auch mit der Privatisierung der industriellen und gewerblichen Staatsbetriebe begonnen. Zu diesem Zweck erhielten alle Bürger Armeniens Privatisierungsgutscheine, so genannte „Coupons“ oder „Vouchers“, die einen Wert von damals 20 000 Dram hatten. Mit diesen Coupons konnten Aktien an den zu privatisierenden Unternehmen gezeichnet werden. Ende 1996 wurden neue Privatisierungscoupons in Umlauf gesetzt, von denen wiederum jeder Bürger jeweils einen kostenlos erhielt. Die bis dahin gültigen Gutscheine im Wert von zuletzt etwa 50 \$ blieben weiter im Umlauf. Die so genannte Voucher-Privatisierung lief Ende des Jahres 1998 endgültig aus.

Die staatlichen Anteile der Telefongesellschaft ArmenTel wurden, bis auf 10%, die in Staatsbesitz verblieben, an das griechische Konsortium OTE verkauft. OTE verpflichtete sich zu einer Finanzeinlage von 142 Mio. \$ und Investitionen im Umfang von insgesamt 300 Mio. \$ während der ersten 10 Jahre, davon 200 Mio. \$ innerhalb der ersten 5 Jahre. Diesen Verpflichtungen ist das Unternehmen bisher jedoch nach Ansicht der armenischen Regierung nur unzureichend nachgekommen. Die berühmte, im Jahr 1887 gegründete Kognakfabrik in Jerewan wurde in einer umstrittenen Transaktion für 30 Mio. \$ an das französische Unternehmen Pernod Ricard verkauft. Pernod Ricard verpflichtete sich ferner, in den kommenden fünf Jahren 30 Mio. Francs (5 Mio. \$) in den Weinbau in Armenien zu investieren. Die Jerewaner Hotels „Armenia“, „Ani“ und „Jerewan“ wurden an zwei Konsortien armenischer Geschäftsleute aus den USA bzw. an eine italienische Firma

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

verkauft. Das Hotel „Armenia“ wird jetzt von der Hotelgruppe „Marriott“ gemanagt und wurde ebenso wie die Hotels „Ani“ und „Jerewan“ einer grundlegenden Renovierung unterzogen.

Seit dem Beginn der Privatisierung wurden inzwischen knapp 80% aller großen und mittleren Unternehmen sowie rund 85% aller kleineren Betriebe privatisiert. Rund 75% des BIP werden derzeit bereits von Privatunternehmen (einschließlich der Landwirtschaft) erzeugt. Im Januar 2001 betrug der Anteil der Staatsunternehmen im Bereich der Bauwirtschaft noch 27%, bei Handel und Industrie 31%, in der Landwirtschaft 17%, im Energiebereich 10% und im Transport- und Kommunikationswesen 2%. Im Jahr 2001 wurden nach Angaben des Ministers für Staatseigentum, David Vardanian, weitere 94 zuvor in staatlichem Eigentum befindliche Betriebe privatisiert, darunter einige große Unternehmen wie Transistor, Almaz, Sapfir und die Zementfabrik in Hrasdan. Der Privatisierungserlös belief sich im Jahr 2001 auf insgesamt 2,3 Milliarden Dram (4 Mio. \$). Davon entfielen 1,9 Milliarden Dram (3,3 Mio. \$) auf die Privatisierung von 82 Industriebetrieben. Aus dem Bereich Handel, Industrie und Dienstleistung kam ein Privatisierungserlös von 400 Mio. Dram (709 220\$) und aus dem Verkauf unvollendeter Bauobjekte 14,5 Mio. Dram (25 710\$).

Das Unternehmen Ararat Zement, die größte Zementfabrik im Transkaukasus, sollte von dem Schweizer Konzern Holcim übernommen werden, der die Beschäftigtenzahl von 1200 auf 600 halbieren wollte und in den kommenden sechs Jahren rund 12 Mio. \$ in das Werk investieren wollte. Für den Erwerb der Unternehmensanteile wollte Holcim 6 Mio. \$ und für das Betriebsgelände und die technischen Anlagen weitere 4 Mio. \$ bezahlen. Der Vorstand von Holcim genehmigte die Übernahme jedoch angesichts der nach dem 11. September veränderten weltwirtschaftlichen Lage nicht, da er die für Ararat Zement eingeplanten Investitionen stattdessen in bestehende Standorte leiten wollte. Es soll nun im Jahr 2002 eine erneute Ausschreibung zur Privatisierung von Ararat Zement stattfinden. Darüber hinaus verbleiben rund 400 mittlere und 2000 kleinere Betriebe, deren Privatisierung vor allem aufgrund erheblicher Verschuldung bisher gescheitert ist. Ein großer Teil von ihnen steht daher vor der Liquidierung.

Handel

Der armenische Außenhandel war in den vergangenen Jahren jeweils von einem erheblichen Defizit geprägt, am stärksten im Jahr 1999, als als Folge der russischen Finanz- und Wirtschaftskrise die armenischen Exporte nach Russland stark einbrachen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 belief sich der armenische Außenhandelsumsatz auf insgesamt 540 Milliarden Dram (974,17 Mio. \$), ein Plus von 3,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei hatten die Exporte einen Umfang von 266,94 Mio. \$ (+10,8%) und die Importe einen Umfang von 707,2 Mio. \$ (-4,5%). Das Außenhandelsdefizit betrug somit im Zeitraum von Januar bis Oktober 2001 440,3 Mio. \$ (-4,5%). Lässt man die humanitären Hilfen dabei unberücksichtigt, so reduziert sich das Defizit auf 402 Mio. \$. Eine positive Außenhandelsbilanz hat Armenien lediglich gegenüber Belgien und Israel. In diese beiden Länder wird der Großteil der in Armenien bearbeiteten Diamanten exportiert. Das israelische Unternehmen LLD hatte auch das größte Unternehmen der armenischen Diamantindustrie, Shoghakn, übernommen.

Der Außenhandelsumsatz mit den GUS-Staaten belief sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 auf 273,3 Mio. \$ oder 24,4% des gesamten Außenhandelsumsatzes (2000: 20,9%). Der Außenhandelsumsatz mit den anderen Staaten belief sich auf 376,9 Mio. \$ oder 75,6% des gesamten Außenhandelsumsatzes (2000: 79,1%). Auf die EU-Staaten entfielen dabei 275,3 Mio. \$ oder 28,3% (2000: 35,7%). In die GUS-Staaten exportierte Armenien im Zeitraum von Januar bis Oktober 2001 Waren im Wert von 81,2 Mio. \$ und importierte von dort Waren im Wert von 166,1 Mio. \$. Das Außenhandelsdefizit mit den GUS-Staaten belief sich demnach auf 94,8 Mio. \$. Im selben Zeitraum exportierte Armenien in die Länder außerhalb der GUS Waren im Wert von 195,7 Mio. \$ und importierte Waren im Wert von 541,2 Mio. \$. Das Außenhandelsdefizit mit diesen Staaten belief sich dadurch auf 345,5 Mio. \$. Die armenischen Exporte in GUS-Staaten nahmen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 um 25,1% und die Exporte in Staaten außerhalb der GUS um 6,4% zu. Die Importe aus

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

GUS-Staaten nahmen im selben Zeitraum um 18,7% zu, während die Importe aus den Staaten außerhalb der GUS um 3,7% zurückgingen

Zu den Hauptexportgütern Armeniens gehören bearbeitete Diamanten und Schmuck, Lebensmittel sowie Nichtedelmetalle und daraus gefertigte Produkte. Bei den Importen stehen Lebensmittel an der Spitze vor Rohdiamanten, Edelmetallen und Edelmetallabfällen sowie Ausrüstung und Maschinen.

Das armenische Ministerium für Handel und Industrie geht davon aus, dass die Verhandlungen über die Aufnahme des Landes in die Welthandelsorganisation WTO in der ersten Hälfte des Jahres 2002 abgeschlossen sein werden. Ursprünglich war der Beitritt zur WTO bereits für das Jahr 2001 angestrebt worden.

In den Jahren 1988 bis 1998 wurden Investitionen aus dem Ausland im Wert von insgesamt 376,4 Mio. \$ getätigt. Diese Investitionen stammten vor allem aus Griechenland, Russland, Iran, den USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Deutschland und Syrien. Bei den insgesamt 1 350 Unternehmen, die mit ausländischem Kapital ausgestattet sind, halten Russland, Iran, die USA und Frankreich die Spitzenstellungen. Im Jahr 1998 hatte sich der Wert aller Investitionen aus dem Ausland in die armenische Wirtschaft noch auf rund 240 Mio. \$ belaufen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in dieses Jahr der Verkauf mehrerer großer Unternehmen an ausländische Investoren fiel. Allein die Privatisierung von ArmenTel hatte dabei einen finanziellen Umfang von 78 Mio. \$.

Im Jahr 1999 gingen die direkten Auslandsinvestitionen drastisch auf 97 Mio. \$ zurück. Im Jahr 2000 beliefen sich die Auslandsinvestitionen in die armenische Wirtschaft auf insgesamt 190,1 Mio. \$. Direkte ausländische Investitionen hatten daran einen Anteil von 63,2% und beliefen sich auf 120,1 Mio. \$, was einer Steigerung von 29% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dabei flossen von den direkten Auslandsinvestitionen 42 Mio. \$ in die Bereiche Energie, Wasser- und Gasversorgung, 37,4 Mio. \$ in die Telekommunikation, 10,8 Mio. \$ in den Großhandelssektor, 7,8 Mio. \$ in die Lebensmittelverarbeitung und -produktion und 4,6 Mio. \$ in den Hotel- und

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Gastronomiebereich. Der größte Anteil der Auslandsinvestitionen kam im Jahr 2000 mit 43,1 Mio. \$ aus Russland, was einer Steigerung von 0,7% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. 38,8 Mio. \$ (+230%) kamen aus Griechenland und gingen vor allem an den Telekommunikationsmonopolisten ArmenTel, 10,8 Mio. \$ (-0,9%) aus Kanada und 7,5 Mio. \$ (+33,9%) aus den USA.

Für das Jahr 2001 erhoffte man sich auch beträchtliche Deviseneinnahmen aus dem Tourismus, da in diesem Jahr mit einer Vielzahl von Festlichkeiten die 1700-Jahr-Feier der Erhebung des Christentums zur armenischen Staatsreligion begangen wurde. Im Jahr 2000 hatten nach Angaben des armenischen Ministeriums für Industrie und Handel insgesamt rund 45 000 Touristen Armenien besucht und Deviseneinnahmen von etwa 45 Mio. \$ ins Land gebracht. Im Jahr 1999 waren noch 46 745 ausländische Touristen nach Armenien gekommen. Den Rückgang führt das Ministerium auf die negativen Auswirkungen des Attentats im armenischen Parlament vom 27. Oktober 1999 auf das Bild Armeniens im Ausland zurück. Das Ministerium rechnete mit 80 000 ausländischen Besuchern im Jahr 2001. Nach einer ersten Übersicht besuchten dann rund 100 000 Touristen das Land. Der im Tourismussektor erzielte Erlös belief sich für das Jahr 2001 damit auf rund 70 bis 80 Mio. Dollar.

Die ausländischen Investitionen in die armenische Wirtschaft sind nach ersten Berechnungen im Jahr 2001 jedoch insgesamt wiederum drastisch zurückgegangen und beliefen sich lediglich auf rund 100 Mio. \$. Das ist nur etwas mehr als die Hälfte der im Jahr 2000 getätigten Auslandsinvestitionen (190 Mio. \$). Vertreter des Ministeriums für Handel und Industrie begründeten den Rückgang der Auslandsinvestitionen mit der Tatsache, dass die beiden größten ausländischen Investoren, die griechische Telekommunikationsfirma OTE (Eigentümer von 90% der Anteile an ArmenTel) sowie die russische Gazprom im Gegensatz zum Vorjahr im Jahr 2001 keinen so großen Bedarf an Investitionen hatten. Außerdem hätten sich die negativen Auswirkungen der terroristischen Anschläge in den USA vom 11. September auch auf die Investitionsfreude der Unternehmen niedergeschlagen.

Währungs- und Finanzpolitik

Die nationale armenische Währung, der Dram (dt.: Geld) wurde am 22. November 1993 eingeführt. Der Einführungskurs wurde auf 20 Dram pro US-Dollar festgesetzt. Jeder Armenier konnte 50 000 alte sowjetische Rubel zum damaligen Kurs von 84 Rubel für einen Dram umtauschen. Der Rest musste auf Sparkonten eingezahlt werden. Am 16. März 1994 wurden die letzten sowjetischen Rubel aus dem Verkehr gezogen. Die neue Währung verlor zunächst rasant an Wert. Ende 1994 musste man für einen Dollar bereits 400 Dram bezahlen. Danach jedoch konnte der Kurs des Dram lange Zeit nahezu stabil bei rund 400 bis 410 Dram für einen Dollar gehalten werden (s.a. Abschnitt Bankensystem). Als Folge der russischen Finanzkrise stieg der Kurs jedoch ab September 1998 vorübergehend wieder an. Ende Juli 1999 erhielt man für einen Dollar 545 Dram, im Vergleich zu 505 Dram im August 1998. Derzeit erhält man für 1 Dollar 550 bis 555 Dram.

Zur Stützung des Dram erhielt Armenien bereits im Juni 1995 einen Stand-by-Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF). Für die Jahre 1996 bis 1999 stellte der IWF Armenien einen sogenannten ESAF-Kredit (ESAF = Enhanced Structural Adjustment Facility) zur Förderung der Strukturreformen von insgesamt 154 Mio. \$ zur Verfügung. Der Kredit sollte die Fortsetzung des wirtschaftlichen Reformprogramms sichern und die Devisenreserven Armeniens stärken. Als zusätzliche Hilfe bewilligte der IWF im Dezember 1998 auch einen Kredit von 15 Mio. \$, mit dem die Auswirkungen der russischen Wirtschaftskrise auf Armenien aufgefangen werden sollten. Von der Weltbank erhielt Armenien seit 1992 656,75 Mio. \$ für insgesamt 24 verschiedene Programme, von denen 7 Programme im Umfang von 234 Mio. \$ bereits abgeschlossen sind. U.a. bewilligte die Weltbank einen Kredit über 53 Mio. \$ zum Ausbau des Energiesektors. Voraussetzung für die Bewilligung war, dass die armenische Regierung die Subventionierung dieses Wirtschaftssektors auslaufen lässt.

Im November 2000 starteten die Weltbank und die armenische Regierung auch eine Neuauflage ihres gemeinsamen Programms zum Ausbau der sozialen Infrastruktur. Mit Hilfe

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

des Armenian Social Investment Funds (ASIF) sollen in den nächsten fünf Jahren insgesamt 29 Mio. \$, davon 20 Mio. \$ aus Weltbank-Krediten, in rund 450 „Mikroprojekte“ im ganzen Land fließen. Den Restbetrag von 9 Mio. \$ wird die armenische Regierung bzw. andere westliche Geldgeber beitragen. ASIF wurde 1995 zur Entwicklung und Förderung der armenischen Kommunen eingerichtet. In einem ersten Infrastrukturprogramm waren seither mit 17 Mio. \$ über 240 Mikroprojekte umgesetzt worden, die u.a. die Rehabilitierung von Bildungseinrichtungen, den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen sowie die Reparatur von Straßen zum Ziel hatten. Die dabei von der Weltbank attestierte hohe Kosteneffizienz machte die Bewilligung eines neuen Programms möglich. Die maximalen Förderkosten für ein Projekt dürfen dabei 150 000 \$ nicht übersteigen.

Mit Hilfe der EBRD werden in Armenien derzeit acht Programme im Gesamtvolumen von 133 Mio. Euro umgesetzt. Drei Kreditprogramme im Umfang von insgesamt 87 Mio. Euro betreffen den Bereich der staatlichen Wirtschaft, die restlichen fünf Programme im Umfang von 46 Mio. Euro den privaten Sektor. Die Programme zielen vor allem auf die Förderung des Energie- und Transportsektors, der Landwirtschaft und des Bankensektors.

Das Defizit im armenischen Staatshaushalt betrug im Jahr 1993 noch rund 56% des BIP. Mit den im Zuge der Vereinbarungen mit IWF und Weltbank eingeleiteten Wirtschaftsreformen und Änderungen im Steuersystem konnte dieser Fehlbetrag seither jedoch erheblich reduziert werden. Im Jahr 1997 lag das Defizit nur noch bei 5,2% und 1998 bei 5,5% des BIP.

Der Haushalt für das Jahr 1999 sah Einnahmen von 191,69 Milliarden Dram (367 Mio. \$) und Ausgaben von 248,31 Milliarden Dram (477,5 Mio. \$) vor. Das Haushaltsdefizit sollte demnach 56,62 Milliarden Dram (110,5 Mio. \$) betragen. Das hätte 5,1% des prognostizierten BIPs entsprochen. Das Defizit sollte zum größten Teil mit Hilfe ausländischer Krediten gedeckt werden. Im ersten Halbjahr 1999 wurden jedoch nur 74,5 Milliarden Dram eingenommen, das entsprach 39% der im Haushalt für das gesamte Jahr 1999 veranschlagten Einnahmen des Staates. Dies veranlasste die Weltbank, die Auszahlung einer geplanten Kredittranche von 23,5 Mio. \$ vorerst

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

zu verschieben. Die Mindereinnahmen resultierten u.a. aus einem durch die Wirtschaftskrise in Russland um 17 Milliarden Dram verringerten Aufkommen an direkten Steuern sowie einem Absinken der privaten Geldtransfers aus Russland um 10 bis 13 Mio. \$ seit Dezember 1998.

Die Haushaltslücke wurde auf Vorschlag des damaligen Ministerpräsidenten Wazgen Sarkisian u.a. durch die Erhöhung der Steuern auf Zigaretten und Benzin sowie durch verschärfte Maßnahmen zur Stärkung der Zahlungsdisziplin der industriellen Steuerzahler sowohl aus dem privaten als auch dem staatlichen Bereich geschlossen. Die ursprünglich im Haushalt vorgesehenen Ausgaben wurden um 20 Milliarden Dram reduziert. Die Weltbank gab daraufhin Ende September die Kredittranche frei. Die Auszahlung einer weiteren Tranche von 25 Mio. \$, die noch vor Jahresende 1999 geplant war, wurde ebenfalls verzögert. Anfang Januar 2000 wurden 20 Mio. \$ aus dieser Tranche freigegeben, der Rest von 5 Mio. \$ wurde den für das Jahr 2000 geplanten Weltbankkrediten zugeschlagen, letztendlich aber erst im Dezember 2000 freigegeben.

Die Beratung und Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2000 verzögerte sich infolge des Attentats im armenischen Parlament vom 27. Oktober 1999 um mehrere Monate. Der Haushaltsentwurf 2000 wurde Ende Januar 2000 vorgelegt und am 7. März verabschiedet. Die im Budget 2000 genannten Zahlen unterschieden sich nur geringfügig von denen des Jahres 1999. So waren Einnahmen von 202 Milliarden Dram (377,6 Mio. \$) und Ausgaben von 252,7 Milliarden Dram (472,3 Mio. \$) vorgesehen. Das geplante Haushaltsdefizit für 2000 hätte damit unter 5% des BIP gelegen. Es sollte überwiegend aus Krediten aus dem Ausland bzw. von den internationalen Finanzorganisationen gedeckt werden.

Anfang Juni 2000 beschloss das armenische Parlament eine außerplanmäßige Ausgabenerhöhung im Haushalt 2000 um 26,7 Mio. \$. Das Geld wurde aus einem Fonds von insgesamt 53 Mio. \$ entnommen, der aus Privatisierungserlösen angelegt worden war. U.a. sollten 10 Mio. \$ in den Aufbau des Erdbebengebietes und 2 Mio. \$ in den Bau und die Renovierung von Schulgebäuden fließen. Im November 2000 entnahm

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

die armenische Regierung nach Billigung durch das Parlament weitere 8,25 Mrd. Dram (15 Mio. \$) aus diesem Fonds, um damit seit Monaten ausstehende Löhne von Staatsbediensteten auszubehalten. Die Einkünfte aus Steuern und Zöllen beliefen sich im Jahr 2000 nur auf 170,05 Milliarden Dram (309,2 Mio. \$). Das waren lediglich 84,14% der hierfür ursprünglich im Haushalt eingeplanten Summe. Die im regulären Haushalt geplanten Ausgaben mussten so auf 197,5 Mrd. Dram (359 Mio. \$) oder 78,13% des ursprünglich geplanten Volumens gekürzt werden, da auch ein großer Teil der in den Haushalt eingeplanten Kredite der Weltbank ausgeblieben war.

Ursprünglich waren Armenien Weltbankkredite über insgesamt 85 Mio. \$ für das Jahr 2000 in Aussicht gestellt worden, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Wirtschaftsreformen zügig fortgesetzt würden und u.a. die Privatisierung des Stromnetzes noch im Jahr 2000 realisiert würde, was jedoch nicht der Fall war. Von den erwarteten Kreditmitteln sollten 45 Mio. \$ zur Deckung des Haushaltsdefizits verwendet werden. Der restliche Betrag sollte in eine Reihe von Projekten im Bereich der Infrastruktur sowie des Sozial- und Justizsektors gehen. Unter der Bedingung, dass die Privatisierung des Stromnetzes doch noch verwirklicht würde, bewilligte die Weltbank am 23. Mai 2001 prinzipiell die Auszahlung des bisher zurückgehaltenen so genannten SAC-4-Kredits (SAC = Structural Adjustment Credit) im Umfang von 50 Mio. \$, wobei die Auszahlung des Kredits in drei Tranchen erfolgen wird. Davon wurde zunächst eine Tranche über 15 Mio. \$ ausgezahlt, die Auszahlung der zweiten über ebenfalls 15 Mio. \$ wurde für November 2001 zugesagt, letztlich jedoch erst Ende Dezember freigegeben. Die letzte Tranche im Umfang von 20 Mio. \$ sollte erst zur Auszahlung kommen, nachdem die Privatisierung des Stromnetzes abgeschlossen sein würde. Da diese Privatisierung jedoch auch im zweiten Anlauf mangels Interessenten fehlgeschlagen ist, bleibt ungewiss, ob diese Tranche verfallen wird oder sich die Weltbank mit dem nun angestrebten Leasingmodell zufrieden geben wird.

Um die Umsetzung der mit dem Kredit zu realisierenden Programme zu gewährleisten, soll eine Kommission eingerichtet werden, die voraussichtlich vom armenischen Finanzminis-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

ter geleitet werden soll und die für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen sorgen soll. Dazu gehören neben der Privatisierung des Stromnetzes u.a. die Erarbeitung einer reformierten Wirtschaftsgesetzgebung sowie von Programmen zur Armutsreduzierung und zur Bekämpfung der Korruption. Kritik übte die zuständige Weltbank-Direktorin Judy O'Connors u.a. an den oftmals nicht eingehaltenen Verpflichtungen der armenischen Regierung zur Ko-Finanzierung von Weltbankprogrammen. Die von Armenien zu leistenden Finanzbeiträge würden nicht oder nur verspätet bezahlt, so dass sich allein die entsprechenden Rückstände für das Jahr 2000 bereits auf 4,8 Mrd. Dram (8,6 Mio. \$) beliefen.

Am 30. Dezember 2000 verabschiedete das armenische Parlament den Staatshaushalt für das Jahr 2001 mit 99 Ja gegen 14 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Er sah Ausgaben von 247,2 Mrd. Dram (450 Mio. \$) und Einnahmen von 193,4 Mrd. Dram (352 Mio. \$) vor. Das Haushaltsdefizit, das 4,8% des geplanten BIP entspricht, sollte vor allem durch externe Kredite und Beihilfen gedeckt werden. Den größten Anteil nahm mit 36,8 Mrd. Dram wiederum der Verteidigungshaushalt ein vor dem Bildungsressort mit 28 Mrd. Dram und dem Gesundheitssektor mit 18 Mrd. Dram. Im ersten Halbjahr 2001 nahm der armenische Staatshaushalt nach Angaben des Ministeriums für Staatseinkünfte fast 20% mehr ein, als für diesen Zeitraum ursprünglich geplant war. Im dritten Quartal 2001 gingen die Steuereinnahmen jedoch beträchtlich zurück und lagen um 17% unter der für diesen Zeitraum gesetzten Zielvorgabe, während sie im vierten Quartal wieder gesteigert werden konnten.

Im Mai 2001 hatte der IWF mit der Auszahlung seines PRGF-Kredites („Poverty Reduction and Growth Facility“) über insgesamt 87 Mio. \$ begonnen. Die erste Rate von 13 Mio. \$ war in jenem Monat ausbezahlt worden. Die zweite Tranche, deren Auszahlung im September 2001 fällig gewesen wäre, wurde jedoch wegen der unzureichenden Steuereinnahmen im dritten Quartal 2001 verschoben.

Am 28. Dezember 2001 verabschiedete das armenische Parlament mit 85 gegen 21 Stimmen bei vier Enthaltungen den Staatshaushalt für das Jahr 2002. Er sieht Ausgaben von

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

260 Milliarden Dram (465 Mio. \$) und Einnahmen von 219 Milliarden Dram vor. Das Haushaltsdefizit entspricht damit 3,2% des BIP. Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr nur leicht erhöht. Hingegen sind die Einnahmen um 13% höher angesetzt als im Jahr 2001. Auf diese Weise soll die Abhängigkeit von den internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF reduziert werden, die in den vergangenen Jahren einen großen Teil des armenischen Haushaltsdefizits mit Krediten abgedeckt hatten. Im Haushalt 2002 sind noch 73 Mio. \$ an Weltbankkrediten eingeplant.

Die Auslandsschulden Armeniens beliefen sich zum Jahresende 2000 auf 836 Mio. \$ und reduzierten sich damit im Jahresvergleich um 5%. Dieser Betrag entsprach 42% des BIP. Ursprünglich war davon ausgegangen worden, dass die Auslandsschulden Armeniens bis Ende 2000 auf 938 Mio. \$ ansteigen würden. Jedoch waren bereits eingeplante Kredite ausgeblieben, allen voran ein Weltbankkredit über 50 Mio. \$.

Bis zum Jahresende 2001 stiegen die armenischen Auslandsschulden auf 904,5 Mio. \$. Für die Bedienung seiner Auslandsschulden musste Armenien im Jahr 2001 14,7 Mio. \$ aufwenden. Für die Bedienung seiner Auslandsschulden hatte Armenien im Jahr 1997 noch 32,9 Mio. \$ aufwenden müssen. 1999 waren Rückzahlungen von 61,6 Mio. \$ fällig, im Jahr 2000 wären 78 Mio. \$ fällig gewesen, von denen jedoch aufgrund der Haushaltsengpässe ein Teil auf das Jahr 2001 verschoben werden musste. Bis zum Jahr 2035 will Armenien alle Auslandsschulden zurückbezahlt haben. Weltbank und IWF sind mit rund 400 Mio. \$ bzw. 176 Mio. \$ die mit Abstand größten Gläubiger der armenischen Regierung, gefolgt von Russland, den USA und der EU.

Gegenüber Russland, einem seiner Haupthandelspartner, betrug Armeniens Schuldenlast zu Beginn des Jahres 2001 114 Mio. \$. Diese Schulden sollten bis zum Jahr 2010 abbezahlt werden, davon im Jahr 2001 18 Mio. \$. Dieser Betrag war jedoch nicht in den Staatshaushalt 2001 eingeplant worden, da die armenische Regierung auf eine Umschuldung hoffte, die bei Verhandlungen mit der russischen Seite jedoch nicht erreicht werden konnte. Allein 30 Mio. \$ der Schulden gegenüber Russland resultieren aus den Leistungen im Zuge

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

der Wiederinbetriebnahme des KKW's Medsamor, weitere 29 Mio. \$ aus russischen Lieferungen von Kernbrennstoff für das KKW. Knapp 10 Mio. \$ schuldet Armenien dem staatlichen russischen Gaskonzern Gazprom für Gaslieferungen.

Seit 1991 wurden zwischen Russland und Armenien insgesamt 11 Kreditabkommen geschlossen. Anfang Mai 2001 billigte das armenische Parlament auf Antrag der Regierung die Entnahme von 20 Mio. \$ aus einem Fonds, der aus dem Erlös von Privatisierungsmaßnahmen eingerichtet worden war, um damit die Bedienung der armenischen Schulden an Russland zu ermöglichen. Bei einem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin im September 2001 wurde im Prinzip Übereinkunft darüber erzielt, dass die armenischen Schulden gegenüber Russland durch die Übertragung von Anteilen an strategisch wichtigen armenischen Unternehmen auf Russland getilgt werden sollen. Die Liste dieser Unternehmen sowie Details der Vereinbarung sind derzeit Gegenstand weiterer Verhandlungen, in denen die Konditionen endgültig geklärt werden sollen.

Die deutsche Bundesregierung hat Armenien, nach Angaben des bisherigen deutschen Botschafters in Jerewan, Volker Seitz, von 1995 bis 2000 Mittel von insgesamt 198 Mio. DM zugesagt, davon 109 Mio. DM im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit, 15,5 Mio. DM im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (nicht rückzahlbare Zuschüsse) und 24 Mio. DM für Nahrungsmittelhilfe sowie das integrierte Ernährungs-sicherungsprogramm Südarmenien. Die Schwerpunkte der deutschen Hilfe liegen dabei bei Rehabilitierungsmaßnahmen im Energiebereich und der kommunalen Infrastruktur sowie bei der Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben. Bei der technischen Hilfe liegen die Schwerpunkte bei der Förderung der Privatwirtschaft, der beruflichen Erstausbildung und der Beratung beim Aufbau des Rechtswesens.

Der Deutsch-Armenische Fonds vergab bisher rund 570 Kredite im Gesamtwert von 3,5 Mio. DM an Klein- und Mittelbetriebe. Die Kredite müssen innerhalb von drei Jahren zu einem jährlichen Zinssatz von 24 bis 30% zurückbezahlt werden. Der Fonds war 1998 von der deutschen und der armenischen Regierung auf der Grundlage einer Vereinbarung über

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

finanzielle Zusammenarbeit zur Förderung von Kleinbetrieben eingerichtet worden. In dem Projekt ist die armenische Seite durch die Zentralbank Armeniens vertreten. Bisher sind vier armenische Geschäftsbanken in das Kreditprogramm eingebunden, deren Zahl jedoch noch erweitert werden soll. Die Kreditraten wurden von anfänglich 30 bis 36% auf nunmehr 19 bis 24% für den Handelssektor und 15 bis 19% für den Produktionssektor gesenkt. Dem Deutsch-Armenischen Fonds steht für die Kreditvergabe vorerst ein Volumen von 6 Mio. DM zur Verfügung, das später auf bis zu 14 Mio. DM ausgeweitet werden kann. Die Kredite werden ausschließlich in Dram vergeben.

Anlässlich des Besuchs der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wieczorek-Zeul in Armenien Anfang April 2001 wurde ein weiteres Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit mit einer Zusage über 15 Mio. DM unterzeichnet. Im Bereich der Technischen Zusammenarbeit laufen derzeit u.a. die Projekte „Berufliche Erstausbildung in modernen Berufsfeldern“, die Rehabilitierung des Wasserkraftwerks Kanaker und das Projekt zur Förderung von Klein- und Mittelunternehmen (ProSME), das die Nachfolge des Projekts „Förderung der Privatwirtschaft“ angetreten hat. Bei deutsch-armenischen Regierungsverhandlungen im Mai 2001 wurden Armenien weitere technische Hilfen im Umfang von 44 Mio. DM zugesagt, davon 30 Mio. DM als Kredit mit einer Laufzeit von 40 Jahren und einem Zinssatz von 0,75% und 14 Mio. DM als Beihilfe. 20 Mio. DM aus dieser Summe sollen in die Erneuerung der Wasserversorgung in den Regionen Schirak und Wanadsor fließen und 10 Mio. DM in ein Kreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen. 8 Mio. DM sollen für Rechtsberatung bei der Erarbeitung neuer Wirtschaftsgesetze und von Verfassungsänderungen verwendet werden, 5 Mio. DM für den Erwerb medizinischer Geräte für armenische Krankenhäuser und 1 Mio. DM für Lebensmittelkäufe. Am 28. August 2001 wurde ein weiteres Kreditabkommen unterzeichnet. Dabei werden über die KfW 20 Mio. DM zur Erneuerung der Wasserversorgungssysteme in der Region Armawir zur Verfügung gestellt. Diese Region leidet besonders unter Wasserknappheit.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Armenische Unternehmen können im Rahmen eines 1998 ins Leben gerufenen Programms auch Kredite aus Mitteln der von Kirk Kerkorian initiierten Lincy-Foundation erhalten. Die bisher innerhalb dieses Programm zur Verfügung gestellten Mittel von 20 Mio. \$ wurden inzwischen auf 45 Mio. \$ aufgestockt werden. Die Zuteilung dieser Kredite erfolgt jedoch nur relativ verhalten, da viele Antragsteller nicht in der Lage sind, die geforderten tragfähigen Geschäftspläne vorzulegen. Bis zum Jahresende 2000 wurden Kredite von insgesamt 17,9 Mio. \$ sowie 7 Mrd. Dram vergeben. 62% der Kreditsumme gingen an Industriebetriebe, 20% an die Landwirtschaft und 18% an den Dienstleistungssektor. Nach geografischen Gesichtspunkten verteilt sich die Kreditsumme im Wesentlichen wie folgt: Nach Jerewan gingen 43% der Kreditmittel, in die Regionen Ararat und Armawir jeweils 14%, in die Region Kotaik 20%, in die Region Lori 4,6%, in die Regionen Gegharkunik und Aragatsotn jeweils 2,2%. Im Rahmen eines ähnlichen Programms der Weltbank wurden bisher Kredite von insgesamt 11,5 Mio. \$ an armenische Unternehmen vergeben. Davon gingen 72,8% an Industriebetriebe, 13,5% in die Landwirtschaft, 11,2% in den Dienstleistungsbereich und 2,5% an Bauunternehmen.

Das bis Ende des Jahres 2000 geltende Gewinnsteuergesetz, das zum 1. Januar 1998 in Kraft getreten war, sah statt des zuvor einheitlichen Gewinnsteuersatzes von 30% gestaffelte Steuersätze vor. So mussten Gewinne bis zu 7 Mio. Dram (12 700 \$) zu 15% versteuert werden, Gewinne über 7 Mio. Dram zu 25%. Betriebe mit Auslandsinvestitionen von mindestens 1 Mio. \$ waren in den ersten zwei Jahren nach der Gründung gänzlich von der Gewinnsteuer befreit, vom dritten bis zum siebten Jahr wurde nur der halbe Steuersatz fällig. Der Einkommenssteuersatz lag, je nach Höhe des zu versteuernden Einkommens, zwischen 15 und 30%. Der nicht zu versteuernde Freibetrag lag bei 28 000 Dram. Der Höchststeuersatz auf persönliche Einkommen lag bei 30% und wurde auf Einkommen von über 320 000 Dram (580 \$) erhoben.

Eine am 26. Dezember 2000 vom armenischen Parlament beschlossene Steuerreform führte zu erheblichen Erleichterungen für die Unternehmen, wovon sich die Regierung eine größere Steuerehrlichkeit und eine Reduzierung der Steuer-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

hinterziehung erhofft. So müssen jetzt alle Unternehmen unabhängig von der Höhe des erzielten Gewinns einen einheitlichen Gewinnsteuersatz von 20% bezahlen. Unternehmen, deren jährlicher Umsatz unter 10 Mio. Dram (18 000 \$) liegt, werden von der Mehrwertsteuer, die 20% beträgt, befreit. Zuvor lag diese Grenze noch bei umgerechnet 3 Mio. \$. Der höchste Beitragssatz, den Unternehmer an den Rentenfonds leisten müssen, wurde von 28% der gezahlten Arbeitslöhne auf 15% verringert. Der Steuersatz auf persönliche Einkommen von unter 100 000 Dram pro Monat wurde auf 5% reduziert. Der Höchststeuersatz wurde von 30 auf 15% reduziert. Gleichzeitig wurde jedoch der nicht zu versteuernde Freibetrag von 28 000 auf nunmehr 20 000 Dram reduziert. Die Steuerreform wird voraussichtlich zu Einbußen von jährlich rund 10 Mrd. Dram für den Staatshaushalt führen. Die Regierung erhofft sich aber auf längere Sicht von ihr einen positiven Effekt auf die Wirtschaftsentwicklung.

Banken- und Börsensystem

Im April 1993 wurde das sowjetische Bankensystem durch eine eigenständige armenische Zentralbank und private Geschäftsbanken abgelöst. Bei der Zentralbank liegt seit der Einführung des Dram auch die Verantwortung für die Geld- und Wechselkurspolitik. Dabei verfolgt sie einen sehr restriktiven Kurs, der zu einer erheblichen Senkung der Inflationsrate beigetragen hatte. So lag der monatliche Anstieg des Konsumentenpreisindex im November 1993, bei Einführung des Dram, noch bei 400% monatlich. Im Jahr 1994 wurde nur noch ein durchschnittlicher Anstieg von 26,3% pro Monat registriert. Im Jahr 1995 betrug die gesamte Jahresinflation 25%, im Jahr 1996 nur noch 3,6%. Im Jahr 1997 wurde eine Jahresinflation von 22% verzeichnet. Im Jahr 1998 war die Jahresinflation dagegen mit 1,3% wieder bedeutend niedriger. In den Jahren 1999 und 2000 lag die durchschnittliche monatliche Inflationsrate bei rund 2%. Im Jahr 2001 belief sich die Inflation nach Angaben des Nationalen Statistischen Dienstes auf 2,9%. Die Preise für Lebensmittel stiegen dabei um 4,1%, für Non-Food-Produkte gingen sie um 0,7% zurück. Die Preise für Dienstleistungen stiegen um 0,6%.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Im Sommer 1995 wurde mit Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die 98% des Bankeigenkapitals einbrachte, eine Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank gegründet. Diese stellt vor allem Kleinkredite im Umfang von 500 bis 1 000 \$ an landwirtschaftliche Betriebe zur Verfügung. Auch ausländische Geldinstitute haben mittlerweile Filialen in Armenien eröffnet, so z.B. die iranische Mellat-Bank oder die frühere Midland Bank, jetzt HSBC, aus Großbritannien, die am 16. März 1996 ihre Jerewaner Filiale (jetzt: HSBC Armenia) eröffnete und inzwischen eine zweite Zweigstelle in Jerewan betreibt. Die letzte Bank, die sich noch teilweise in Staatsbesitz befand, die Armscherbank (Armenische Sparkasse), wurde kürzlich auf Beschluss der armenischen Regierung privatisiert und gegen 2,4 Mio. \$ an ein Konsortium aus den armenischen Firmen Mika Armenia Trading Ltd. und Arj Ltd. übertragen. Die Armenische Sparkasse verfügte als Zweigunternehmen der damaligen Sowjetischen Sparkasse über Spareinlagen aus der Bevölkerung von insgesamt 6,5 Milliarden Rubel (damals: 8 Milliarden \$), deren Wert jedoch durch die Hyperinflation zu Beginn der neunziger Jahre dramatisch geschrumpft ist.

Die Zahl der armenischen Geschäftsbanken lag zum Jahresende 2001 bei 30, die Zahl der Bankfilialen bei knapp 180. Im Jahr 2001 arbeiteten 17 Banken mit Gewinn (Gesamtgewinn: 2,4 Milliarden Dram) und 13 mit Verlust (Gesamtverlust: 23,9 Milliarden Dram). Ende 2001 betrug das gesamte Eigenkapital der armenischen Banken 37,7 Milliarden Dram (67,9 Mio. \$) im Vergleich zu 29,5 Milliarden Dram zum Jahresende 2000. Nach den geltenden Richtlinien mussten die armenischen Banken ihr Mindestkapital bis zum Jahresbeginn 2000 auf 1 Mio. \$ und bis Ende 2001 auf 2 Mio. \$ erhöhen. Rund 45% des Bankenkapitals ist ausländischen Ursprungs.

In den kommenden vier Jahren wird eine weitere Abnahme der Zahl der Banken erwartet, da die armenischen Banken bis dahin den gesetzlichen Vorgaben zufolge über ein Eigenkapital von jeweils mindestens 5 Mio. \$ verfügen müssen, um ihre Geschäftstätigkeit weiter aufrecht erhalten zu können. Derzeit übertreffen nur drei bis vier armenische Banken diese Marke. Die größten Banken sind HSBC Arme-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

nia, Credit Yerevan und Hayeconombank. Jedoch wurde Credit Yerevan Mitte Dezember 2001 der direkten Aufsicht durch die Armenische Zentralbank unterstellt. Die Bank hatte allein im dritten Quartal 2001 Verluste von rund 50 Mio. Dram gemacht und steht womöglich vor dem Konkurs. Die Spareinlagen der etwa 8000 Kunden der Bank belaufen sich auf 17,5 Milliarden Dram (31,4 Mio. \$). Auch gegen sechs weitere armenische Banken wurden Konkursverfahren eingeleitet

Die Gold- und Devisenreserven bei der Armenischen Zentralbank beliefen sich Ende März 2001 auf 324,2 Mio. \$ und hatten damit seit dem Ende des Jahres 2000 um 7,8 Mio. \$ abgenommen. Die Goldreserven hatten dabei einen Anteil von 11,6 Mio. \$ oder 1389,5 Kilogramm. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2001 gingen die Gold- und Devisenreserven nochmals auf 312,7 Mio. \$ zurück.

Die erste Börse in Armenien, die „Yerevan Stock Exchange“ wurde am 31. Mai 1993 eröffnet. Dort werden derzeit knapp 90 Unternehmen gehandelt. Neben Aktien werden auch Derivate und Rohstoffe gehandelt. Daneben sind seither zwei weitere Börsen entstanden: die „Adamand Yerevan Commodity & Stock Exchange“ und die „Gyumri Stock Exchange“. Der rechtliche Rahmen für das Börsenwesen besteht in einem Börsengesetz, einem Gesetz über Aktiengesellschaften und einem Wertpapiergesetz. Beschränkungen für Ausländer bestehen im Börsenhandel nicht.

Preise und Löhne

Der monatliche Durchschnittslohn eines armenischen Arbeitnehmers lag im Jahr 2001 bei 23 943 Dram (43,14 \$) und war damit im Jahresvergleich um 10,5% gestiegen. Dabei lag der Durchschnittslohn im staatlichen Sektor mit 14 614 Dram (+4,5%) deutlich unter dem in der Privatwirtschaft erzielten von 30 700 Dram (+14%). Der Durchschnittslohn eines Lehrers beträgt beispielsweise derzeit lediglich rund 22 \$ und hat sich damit seit 1991 um das 14fache verringert. Die Durchschnittsrente liegt derzeit noch bei umgerechnet 7,5 \$. Sie wird jedoch auf Beschluss des armenischen Parlaments zum

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

1. Januar 2002, erstmals seit 1999, um rund 15% erhöht. Die Grundrente wird jedoch auch dann nur bei 3000 Dram (5,4 \$) statt derzeit 2860 Dram liegen. Bis zum Jahr 2011 soll das reguläre Renteneintrittsalter schrittweise von jetzt 55 Jahren bei Frauen und 60 bei Männern um jeweils fünf Jahre erhöht werden. In Armenien gibt es derzeit rund 580 000 Rentner und Rentnerinnen.

In den früheren Jahren erhielten 135 000 Familien Kindergeld für ihre minderjährigen Kinder in unterschiedlicher Höhe sowie eine Reihe sonstiger Beihilfen. Im Jahr 1999 wurde das Beihilfensystem neu gestaltet, so dass jetzt 179 000 der sozial schwächsten Familien so genannte „Familienbeihilfen“ von durchschnittlich 8000 Dram pro Monat erhalten. Zusätzlich erhalten 70 000 besonders bedürftige Familien Stromlieferungen im Wert von 1400 Dram pro Monat gratis.

Die Inflation hat sich in letzter Zeit zwar deutlich abgeschwächt (s.a. Abschnitt Bankensystem). Jedoch hat das rasante Preiswachstum der früheren Jahre die Ersparnisse eines großen Teils der Bevölkerung weitgehend aufgezehrt. In Anbetracht der immer noch sehr niedrigen Löhne und vor allem der geringen Renten sind oftmals auch Grundnahrungsmittel für viele Familien und allein Stehende kaum erschwinglich.

Seit 1. Dezember 1994 stiegen insbesondere die Preise für Brot und Elektrizität drastisch an als Folge eines am 19. November 1994 vom armenischen Parlament beschlossenen Wirtschaftsreformprogrammes, mit dem die Voraussetzungen für eine Kreditzuweisung von insgesamt 154 Mio. \$ durch den Internationalen Währungsfonds geschaffen wurden. Bestandteil des Reformprogrammes war u.a. die weitgehende Freigabe der Preise. Der Brotpreis stieg seither von damals 6 Dram pro kg auf nunmehr rund 250 Dram. Zuvor war Brot jahrelang auf zunächst 250 Gramm und später auf 350 Gramm pro Tag und Person rationiert.

Ebenfalls drastisch gestiegen sind die Preise für Elektrizität. Eine Kilowattstunde Strom kostet seit 1. Januar 1999 während des Tages für Privathaushalte durchschnittlich 25 Dram pro Kilowattstunde, zum verbilligten Nachttarif, der seit 1. Oktober 1999 auch für Privathaushalte gilt, 15 Dram pro Kilowattstun-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

de. Für Industriebetriebe gelten niedrigere Tarife. Der drastische Anstieg der Strompreise ist auf eine Vereinbarung mit der Weltbank zurückzuführen, die die Gewährung von weiteren Krediten u.a. von einer Anpassung der Energiepreise an Weltmarktniveau abhängig machte.

Auch die Telefongebühren wurden infolge der Privatisierung der Monopolgesellschaft ArmenTel mit Beginn des Jahres 1999 zum Teil drastisch erhöht. Die Grundgebühr stieg auf mehr als das Doppelte auf 900 Dram (1,7 \$) pro Monat. Die Preiserhöhungen für Gespräche mit GUS-Staaten und dem übrigen Ausland fielen zum Teil noch höher aus. Die Berechnung der bisher kostenlosen Ortsgespräche wurde wegen technischer Probleme zunächst noch aufgeschoben. Zum 1. September 2001 wollte ArmenTel bei allen bereits digitalisierten Anschlüssen für Ortsgespräche zunächst 4 Dram pro Minute berechnen. Die Gebühr sollte später auf 6 Dram und danach weiter auf 8 Dram pro Minute erhöht werden. Dabei sollten jeweils die ersten 120 Minuten pro Monat gebührenfrei sein. Die armenische Regierung bezeichnete die Erhebung dieser Gebühren jedoch als unzulässig, da sie von ihr nicht genehmigt worden sei, und forderte die ArmenTel-Kunden auf, diese Gebühren nicht zu bezahlen.

In Verhandlungen zwischen ArmenTel und der Regierung einigte man sich darauf, die Gebühren für Ortsgespräche ab Februar 2002 einzuführen, allerdings mit 360 gebührenfreien Minuten pro Monat. Alternierend dazu kann bis jeweils fünf Tage vor Beginn eines Monats für diesen eine Gebühr von 2400 Dram vorausbezahlt werden, wodurch man für den betreffenden Anschluss ein Recht auf unbegrenzte Ortsgespräche ohne zusätzliche Gebührenberechnung erwirbt. Dieser Pauschalbetrag erhöht sich im Jahr 2003 auf 3600 Dram und im Jahr 2004 auf 4800 Dram. Für Internetverbindungen, die die 360-Minuten-Freigrenze überschreiten, gilt ab Februar 2002 eine Gebühr von 1 Dram pro Minute.

Nach Angaben des staatlichen armenischen Statistikdienstes müssen rund 55% der armenischen Bevölkerung als „arm“ (27%) oder „sehr arm“ (27,7%) eingestuft werden. Besonders hoch liegt der Anteil der armen und sehr armen Familien in der Erdbebenregion und den Grenzgebieten. Der statistische

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Dienst veranschlagte in einer Anfang 2001 veröffentlichten Studie die Minimalsumme, die für den Lebensunterhalt pro Monat erforderlich wäre, auf 11 735 Dram (22,5 \$) pro Person. Alle, deren Einkommen unter dieser Summe lag, wurden demnach als „arm“ eingestuft. Als „sehr arm“ wurden jene definiert, die über weniger als 7 194 Dram (13,7 \$) pro Monat verfügen. Die Untersuchungen haben auch gezeigt, dass die Schere zwischen den bedürftigen und den wohlhabenden Schichten der armenischen Bevölkerung immer weiter auseinander klafft. Demnach beträgt das Einkommen der wohlhabendsten 20% der Bevölkerung das 32fache des Einkommens der ärmsten 20% der Bevölkerung. Noch vor drei Jahren war es das 27fache.

Die Studie des staatlichen statistischen Dienstes ergab auch, dass die Arbeitslöhne nur einen Anteil von 24,6% am tatsächlichen Einkommen der Armenier haben. Ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Einkommen (13%) stammt aus Hilfen von im Ausland lebenden Verwandten oder Freunden, unternehmerischer Tätigkeit im weitesten Sinne (10,6%), dem Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten (32,1%) und aus staatlichen Beihilfen (9,3%). 19,3% der Einkommen kommen als Unterstützung aus dem Kreis der Verwandten und Freunde. Nur 0,1% der Einkommen stammen demnach aus Investmentaktivitäten. Dies zeigt, dass marktwirtschaftliche Reformen und Privatisierung bisher nur einen minimalen Einfluss auf die Einkommensstruktur der breiten Bevölkerung hatten. Vom Familieneinkommen müssen nach diesen Untersuchungen durchschnittlich rund 60% für Nahrungszwecke ausgegeben werden. Bei „sehr armen“ Haushalten lag dieser Anteil sogar bei 73%, bei den wohlhabenderen Haushalten hingegen bei lediglich 31%.

Arbeitsmarktlage

Im Dezember 2001 wurden in Armenien offiziell 162 803 Personen als arbeitslos registriert. Dies sind rund 10% weniger als im Dezember 2000. Der Anteil der arbeitslosen Frauen nahm hingegen im Jahresvergleich um 1,4% auf 66% zu. Die Arbeitslosigkeit ging in allen Regionen, außer in Schirak und

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Lori, zurück. Die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2001 bei 9,8% und damit um 0,9% unter der vom Dezember 2000.

Eine Studie, die vom National Institute of Economics (NIE) in Jerwan durchgeführt wurde, kommt jedoch zu dem Schluss, dass es in Armenien eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit gibt, von der etwa 15% der arbeitsfähigen Bevölkerung oder rund 213 000 Personen betroffen sind. Gründe für diese verdeckte Arbeitslosigkeit liegen u.a. darin, dass viele Betriebe zum Teil seit langem stillstehen, ihre Arbeitskräfte formal aber noch weiter beschäftigen, auch wenn sie nicht mehr entlohnt werden. Auch lassen sich insbesondere Frauen und Arbeitslose auf dem Lande oftmals nicht registrieren.

95% der registrierten Arbeitslosen leben in den Städten, allein 29% davon in Jerewan. Dort lag die Arbeitslosenrate im Dezember 2001 bei 28,5%, in der zweitgrößten Stadt Armeniens, Gjumri, bei 19,4% und in Wanadsor bei 9,6%.

74,2% der armenischen Arbeitnehmer sind im privaten Sektor beschäftigt, 25% im staatlichen Sektor und 0,8% bei öffentlichen und religiösen Organisationen. Die Zahl der im Staatssektor Beschäftigten ging dabei im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 7,2% zurück. Die Zahl der im Privatsektor Beschäftigten nahm hingegen um 1,9% zu.

32% der offiziell registrierten Arbeitslosen sind unter 30 Jahre, 59% sind zwischen 30 und 50 Jahre und 9% sind über 50 Jahre alt. Derzeit erhalten von den gemeldeten Arbeitslosen nur 9174, die zuvor eine geregelte Tätigkeit ausgeübt haben, Arbeitslosengeld. Weitere rund 12 615 erhalten eine geringfügige finanzielle Unterstützung. Der Ausbildungsstand der armenischen Arbeitskräfte ist relativ hoch. Rund 45% haben einen dem Abitur vergleichbaren Schulabschluss und rund 15% haben ein Hochschulstudium absolviert.

Versorgung

Aufgrund der noch immer anhaltenden Blockade und vor allem des niedrigen Durchschnittsverdienstes ist die Versorgung der Bevölkerung in allen Bereichen zum Teil deutlich einge-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

schränkt. Die Stromversorgung ist zwar inzwischen technisch weitestgehend gewährleistet, kann aber oft nicht bezahlt werden. Die für Gasfernheizungen ausgelegten Wohnungen konnten in den vergangenen Wintern nur in den seltensten Fällen beheizt werden. Viele Haushalte hatten daher einfache Blechöfen installiert, für deren Beheizung bereits ein großer Teil des Baumbestandes Armeniens abgeholzt wurde. Im Winter 1994/95 hatte die US-Regierung erstmals ein umfassendes Hilfsprogramm gestartet, in dessen Rahmen damals 31 000 t Kerosin und 10 000 Kerosinöfen zur Verfügung gestellt wurden, die an 210 000 besonders bedürftige Familien für ein geringes Entgelt verteilt wurden. Das Programm bezog auch die Schulen mit ein, die in den Vorjahren meist wegen Energiemangels während der Wintermonate geschlossen bleiben mussten. Auch in den darauf folgenden Wintern führten die US-Behörden ähnliche Hilfsprogramme durch, von denen vor allem auch Familien aus der Erdbebenregion profitierten.

Die Wasserversorgung bleibt weiterhin auf wenige Stunden pro Tag beschränkt. Zum 1. Mai 2000 wurden die Nutzungsrechte am Wasser- und Abwassersystem Jerewans vorerst für fünf Jahre dem italienischen Unternehmen A-Utility übertragen, das sich die Rechte im Rahmen einer internationalen Ausschreibung gesichert hatte. Durch diese Maßnahme sollen u.a. die Wasserverluste, die derzeit auf bis zu 65% veranschlagt werden, auf 25% verringert und die Wasserversorgungszeiten ausgedehnt werden. Außerdem soll die Zahlungsdisziplin der Wasserverbraucher gestärkt werden. A-Utility sollte von der Agency for International Development einen Kredit über 25 Mio. \$ und von der armenischen Regierung weitere 5 Mio. \$ für die Umsetzung dieser Maßnahmen erhalten. Die Höhe der Gebühren, die von den Verbrauchern für die Wasserver- und -entsorgung zu entrichten sind, werden weiterhin von der armenischen Regierung festgesetzt.

A-Utility ist es jedoch bisher nicht gelungen, die Zahlungsmoral der Wasserverbraucher in Jerewan entscheidend zu verbessern. Zwar konnte der Anteil der bezahlten Wasserverbrauchsrechnungen auf jetzt 25% gegenüber dem vorherigen Niveau verdoppelt werden, die von A-Utility innerhalb des ersten Jahres angestrebten 35% konnten jedoch nicht erreicht

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

werden. Da die armenische Regierung ihrer Verpflichtung, zu dem Weltbankkredit 5 Mio. \$ an Eigenmitteln beizusteuern, nicht fristgerecht nachgekommen war, hatte sich auch die Zuteilung der ersten Kredittranche an A-Utility verzögert. So konnten bisher lediglich rund 1 Mio. \$ in die Erneuerung der Jerewaner Wasserversorgung investiert werden. Landesweit konnten im Jahr 2000 nur 27% und in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 48% aller Wasserrechnungen für Bewässerungszwecke eingetrieben werden. Bei den Rechnungen für Trinkwasser waren dies im Jahr 2000 30% und in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 36%. Die Wasserversorgungsunternehmen verbrauchten von Januar bis Oktober 2001 320 Mio. Kilowattstunden Strom gegenüber 341 Mio. Kilowattstunden im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die Weltbank bewilligte Armenien kürzlich auch ein Kreditprogramm zur Sanierung der Trinkwassersysteme außerhalb der Hauptstadt Jerewan. Es hat einen Umfang von insgesamt 85 Mio. \$ und soll in zwei Phasen mit jeweils 35 Mio. \$ bzw. 50 Mio. \$ abgewickelt werden. Mit der Umsetzung des Programms wird im April 2002 begonnen werden. Zunächst sollen die Trinkwassersysteme in den Regionen Kotaik, Sjunik, Wajots Dzor und Ararat erneuert werden.

Die Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln ist zwar im Allgemeinen gewährleistet. Angesichts der relativ niedrigen Einkommen ist jedoch ein Großteil der angebotenen Waren für die Durchschnittsbevölkerung nicht erschwinglich. Der Speisezettel der meisten armenischen Familien beschränkt sich daher auf wenige Grundnahrungsmittel, was nicht selten zu Fehl- bzw. Unterernährung, insbesondere bei Kindern, führt. Vor allem Fleisch und Milch sowie Milchprodukte fehlen in der Ernährung vieler Familien fast völlig. Experten bemängeln aber auch, dass die Armenier generell zu viel Salz und zu wenig Flüssigkeit zu sich nehmen. Nach Angaben des armenischen Gesundheitsministeriums beträgt die durchschnittliche Kalorienzufuhr pro Person und Tag 2100 Kalorien. Mitte der 90er Jahre lag sie sogar bei lediglich 1600 Kalorien. Das physiologisch erforderliche Minimum wird im Allgemeinen aber bei durchschnittlich 2400 Kalorien angesetzt.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Hilfe von außen ist bisher noch unerlässlich, um den notwendigen Überlebensbedarf weiter Bevölkerungsschichten zu decken. Unterstützung leisten hier, neben den Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen (UNICEF, UNHCR, WFP), das Internationale Rote Kreuz, verschiedene nationale Rot-Kreuz-Organisationen und andere private Hilfsorganisationen sowie die rund 3,5 Mio. Diaspora-Armenier. So hat allein der in den USA ansässige United Armenian Fund (UAF) seit 1989 in 116 Flügen und 766 Schiffscontainern Hilfslieferungen im Wert von rund 328 Mio. \$ ins Land gebracht.

Das World Food Programme (WFP) unterstützt seit 1993 vor allem Familien ohne feste Unterkunft, Behinderte, Rentner und Waisen mit Lebensmitteln. Dabei wurden bisher insgesamt Nahrungsmittel im Wert von rund 30 Mio. \$ verteilt. Im Jahr 2000 wurde humanitäre Hilfe im Wert von insgesamt 75,8 Mio. \$ aus 36 verschiedenen Staaten nach Armenien gebracht. Allein 78% der Hilfsgüter kamen dabei aus den USA, mit weitem Abstand gefolgt von Frankreich (5%) und Italien (4,1%). 44% aller Hilfslieferungen waren für den Gesundheitsbereich bestimmt, darunter Medikamente im Wert von 30,4 Mio. \$ und medizintechnische Geräte im Wert von 2,54 Mio. \$.

Verschiedene karitative Organisationen unterhalten auch Suppenküchen, die vor allem in den Wintermonaten geöffnet sind. Bedeutendster Geberstaat mit durchschnittlich 135 Mio. \$ jährlich (davon derzeit rund 30% für humanitäre Hilfe und 70% für Wirtschaftshilfe) sind die USA, die auch für das Jahr 2000 102,4 Mio. \$ an Haushaltsmitteln für humanitäre und Wirtschaftshilfe für Armenien bewilligt hatten, gefolgt von der EU, von der Armenien in den Jahren 1991 bis 1996 humanitäre und Wirtschaftshilfe von insgesamt 285 Mio. \$ erhalten hat. In den folgenden Jahren reduzierten sich die Zahlungen der EU jedoch drastisch.

Die Zahl der allein erziehenden Mütter, deren wirtschaftliche Lage oftmals sehr schwierig ist, hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. So wurden im Jahr 1999 bereits 31,3% aller Neugeborenen von unverheirateten Müttern zur Welt gebracht. Im Jahr 1989 waren dies nur 7,9%. Bei diesen außerehelichen Geburten waren im Jahr 1999 mehr als die Hälfte, 50,6%, der Mütter jünger als 20 Jahre (1989:

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

18,5%). Die Scheidungsrate in Armenien ist hingegen relativ niedrig. Im Jahr 1999 kamen auf hundert Eheschließungen 10,1 Ehescheidungen. Demzufolge sind auch von jeweils 1000 Kindern und Jugendlichen bis zu 17 Jahren lediglich 0,9 so genannte „Scheidungskinder“. Da jedoch in den vergangenen Jahren viele Familienväter Armenien verlassen haben, um andernorts, vor allem in Russland, eine Verdienstmöglichkeit zu suchen, wachsen viele Kinder in der Praxis ohne Vater auf.

Derzeit sind nach UNICEF-Angaben rund 13 000 Kinder in Heimen untergebracht. Davon seien jedoch nur etwa 10% Waisen. In den meisten übrigen Fällen sähen sich die Eltern außer Stande, die Kinder zu ernähren. UNICEF unterstützt die Kinderheime mit Hilfslieferungen sowie Weiterbildungsseminaren für die Betreuer und versucht auch, die Eltern der Kinder miteinzubeziehen. Für obdachlose Kinder, so genannte „Straßenkinder“, wurde von UNICEF in Zusammenarbeit mit der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ ebenfalls ein Eingliederungsprogramm erarbeitet.

Eine Vertreterin des armenischen Sozialministeriums sagte kürzlich, man gehe davon aus, dass rund 14 000 Kinder nicht oder nur unregelmäßig am Schulunterricht teilnehmen, da ihre Eltern nicht in der Lage seien, angemessene Kleidung sowie Schulbücher und sonstiges Lehrmaterial zu bezahlen. Besonders akut sei dieses Problem in den Wintermonaten, da viele Kinder nicht über geeignete Winterbekleidung verfügten. Das Ministerium schätzt die Zahl der Kinder, die in armen oder sehr armen Haushalten leben, auf rund 190 000.

Die Weltbank bewilligte Anfang Mai 2000 einen Kredit über 20 Mio. \$ für das Projekt „Armenian Social Investment Fund II“ (ASIF II), das an ein im November 1995 gestartetes vergleichbares Projekt ASIF I anschließt und u.a. die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung und verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten durch eine Aufwertung der grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur anstrebt. Insgesamt beinhaltet ASIF II Investitionen von 29,32 Mio. \$, wobei der Restbetrag von 9,32 Mio. \$ aus dem armenischen Staatshaushalt und den Kommunalhaushalten sowie von anderen Geberorganisationen kommen soll.

Nachwirkungen des Erdbebens

Das verheerende Erdbeben vom 7. Dezember 1988 mit einer Stärke von 6,9 auf der Richterskala traf extrem dicht besiedelte Gebiete, darunter die zweit- und die drittgrößte Stadt des Landes: Leninakan (heute: Gjumri) mit rund 230 000 Einwohnern und Kirowakan (heute: Wanadsor) mit rund 150 000 Einwohnern. Leninakan wurde zu etwa 80% zerstört, Kirowakan etwa zur Hälfte. Völlig zerstört wurde die Kleinstadt Spitak (20 000 Einwohner), die nahe dem Epizentrum des Bebens lag, sowie 58 Dörfer. 150 weitere Ortschaften wurden schwer geschädigt. Spitak wurde später wenige Kilometer von der zerstörten Ortschaft entfernt neu gegründet. Bisher wurden aber erst rund 20% der zerstörten Häuser des alten Spitak wieder errichtet.

Nach damaligen offiziellen sowjetischen Angaben wurden 1988 rund 25 000 Tote registriert. Weit über 500 000 Menschen wurden durch das Erdbeben obdachlos. 8,91 Mio. m² Wohnraum waren zerstört worden, darüber hinaus 450 Schulen und Kindergärten für zusammen rund 250 000 Kinder, Krankenhäuser und Polykliniken für rund 21 000 Patienten sowie 230 Fabriken, das entsprach rund einem Viertel der gesamten armenischen Industriekapazität. Über 20 000 Familien leben auch heute noch in Notunterkünften, wie z.B. Blechcontainern oder ausrangierten Bahnwaggons.

Allein in Gjumri leben noch 14 200 Familien oder 10% der Bevölkerung in Notunterkünften. Von den ehemals 230 000 Einwohnern Gjumris haben schätzungsweise 130 000 die Stadt verlassen. Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt wird auf rund 30 000 veranschlagt. 70% der Industriekapazität Gjumris wurden durch das Erdbeben zerstört. Derzeit arbeiten dort lediglich einige Dutzend kleinerer Betriebe wie Bäckereien und Lebensmittelhersteller. Die ehemals in der gesamten Sowjetunion bekannte Schuhfabrik von Gjumri beschäftigt derzeit lediglich knapp hundert Menschen.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Die Weltbank hatte für ein auf mehrere Jahre angelegtes Wiederaufbauprogramm, das inzwischen ausgelaufen ist, insgesamt 29 Mio. \$ bereitgestellt. In den vergangenen Jahren hatte die armenische Regierung ihre Ausgaben für die Erdbebenzone erheblich gesteigert und will so den Wiederaufbau möglichst bis zum Jahresende 2002 zum Abschluss bringen. Im Jahr 2001 wurden von der armenischen Regierung 30 Mio. \$ für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2002 sollen es 60 Mio. \$ sein.

Im Rahmen eines von der United States Agency for International Development (USAID) finanzierten 22-Mio.-\$-Programms zur Wohnraumbeschaffung für Erdbebenopfer können 4000 Familien, die bisher noch in Notunterkünften leben, Wohnungszertifikate erhalten. Mit diesen Zertifikaten können sie entweder selbst eine bereits vorhandene leerstehende Wohnung in einem beliebigen Ort in Armenien erwerben oder aber eine nicht fertig gestellte oder beschädigte Wohnung renovieren. Bisher haben 500 Familien ein solches Zertifikat erhalten. Von diesen haben 92% bereits eine neue Wohnung gefunden, die meisten davon - 89% - in Gjumri.

Bei einem Armenien-Besuch im Sommer 1998 sagte der amerikanisch-armenische Multimilliardär Kirk Kerkorian 15 Mio. \$ für den Wiederaufbau in der Erdbebenregion zu. In einer ersten Phase werden derzeit 14 Wohnhäuser in Gjumri und 2 in Wanadsor errichtet. In der zweiten Phase sollen 160 bis 180 Wohnungen in Spitak gebaut werden. Die dritte Stufe des Programms wird sich auf den Bau von Wohnungen in den Regionen Lori und Schirak konzentrieren. Von der russischen Regierung kam im Dezember 1998 eine Finanzbeihilfe für die Erdbebenzone von 8,6 Mio. \$. Auch der amerikanische Milliardär John Huntsman finanzierte bereits eine Reihe von Baumaßnahmen im Erdbebengebiet, zuletzt u.a. eine kürzlich fertig gestellte Schule für 450 Kinder sowie Wohnungen für rund 2000 Menschen, die noch im Laufe des Jahres 2001 bezugsfertig sein sollen.

Die Temperaturen können in Nordarmenien während des Winters auf bis zu -30 Grad Celsius abfallen und im Sommer bis zu +40 Grad Celsius erreichen, was vor allem für die noch immer in Notunterkünften lebenden Familien eine große Be-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

lastung ist. Die Stromversorgung kann im Erdbebengebiet noch immer nicht so gesichert werden wie im übrigen Land. Die Baumbestände im Erdbebengebiet sind für Heizzwecke bereits nahezu restlos abgeholzt.

Gesundheitsbereich

Der Mangel an Heizmaterial und Nahrungsmitteln über Jahre hinweg hat die meisten Menschen in ihrer physischen und psychischen Konstitution stark geschwächt. Besonders anfällig für alle Arten von Krankheiten sind in dieser Situation naturgemäß Kinder und alte Menschen.

Einschneidendste Veränderung der vergangenen Jahre ist der Wegfall der kostenfreien medizinischen Versorgung zum 1. Juli 1997. Seither müssen in der Regel ärztliche Leistungen sowie Medikamente von den Patienten selbst bezahlt werden. Ausgenommen davon sind rund 500 000 Personen, die besonders bedürftigen oder benachteiligten Personengruppen zuzurechnen sind, wie u.a. Behinderte, allein Erziehende, Waisen, Kriegsveteranen, Kinder unter 7 Jahren sowie minderjährige Kinder aus kinderreichen Familien. Weiterhin ist die Behandlung von 14 durch Regierungsbeschluss festgeschriebenen Krankheiten, wie z.B. TBC, Leukämie, Herzinfarkt, AIDS, Malaria und Diabetes weiterhin kostenlos. Auch die im Zusammenhang mit Geburtshilfe erbrachten ärztlichen und medizinischen Leistungen werden demnach zunächst weiterhin vom Staat getragen. Allerdings wurde kürzlich von der armenischen Regierung eine Eigenbeteiligung der Gebärenden in Höhe von 15 000 Dram eingeführt.

Jedoch ist es allgemein üblich, dass auch in den per Gesetz von der Selbstzahlungspflicht ausgenommenen Fällen von den behandelnden Ärzten bzw. Krankenhäusern Zahlungen der Patienten gefordert werden. Dies geschieht auch im Hinblick darauf, dass die im Staatshaushalt für den Gesundheitsbereich vorgesehenen Mittel oftmals nicht oder nur mit großer Verzögerung zur Auszahlung gelangen und die Arbeitsfähigkeit der Krankenhäuser bzw. die Löhne des medizinischen Personals daher aus diesen Quellen gedeckt werden müssen. So wurden beispielsweise in den ersten sechs Monaten des

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Jahres 2000 lediglich 17% der im Staatshaushalt für den Gesundheitsbereich ausgewiesenen Mittel auch tatsächlich überwiesen. Der Jerewaner Ambulanzdienst konnte im Februar 2000 über mehrere Tage hinweg wegen Geldmangels auch bei Notfällen nur dann ausrücken, wenn der jeweilige Patient die Bezahlung des Benzins für das Fahrzeug übernahm. Ärzte und Pflegepersonal erhalten oftmals über bis zu zehn Monate hinweg keinen Lohn. In den vergangenen Jahren hatten die im armenischen Staatshaushalt für den Gesundheitsbereich ausgewiesenen Ausgaben einen Anteil von lediglich 1,6% vom gesamten BIP.

Eine staatliche Krankenversicherung gibt es bisher nicht. Ein vorläufiges Konzept hierfür wurde zwar kürzlich nach rund zehnjährigen Vorarbeiten von der armenischen Regierung vorgelegt. Bis zu dessen Umsetzung wird es aber vermutlich noch längere Zeit dauern. Private Krankenversicherungen werden zwar seit 1993 angeboten, sind jedoch für die meisten Armenier nicht zu bezahlen. Ebenso wenig existieren derzeit verbindliche Kostensätze für die Berechnung der Leistungen von Ärzten und Krankenhäusern, die somit vorerst weitgehend eine Verhandlungssache zwischen den Leistungserbringern und den Patienten bleiben. Ein Krankenhausaufenthalt kostet den Patienten beispielsweise derzeit zwischen 3000 und 5000 Dram pro Tag.

Die meisten bisher staatlichen Kliniken sollen privatisiert werden, darunter auch solche, die für die Versorgung der Bevölkerung von essenzieller Bedeutung sind. Einige der Krankenhäuser sollen zu einer Art „Armenkrankenhaus“ unter dem Dach des Sozialministeriums umgestaltet werden, in denen sozial Schwache kostenfreie medizinische Versorgung, einschließlich der Versorgung mit Medikamenten, erhalten sollen. Drei dieser Krankenhäuser wurden inzwischen etabliert, darunter auch eine Kinderklinik.

Im März 2000 wurde mit dem Jerewaner Institut für Proktologie erstmals eine bisher staatliche Klinik privatisiert. Das Institut wurde für 300 000 \$ von der Armenian General Benevolent Union (AGBU) übernommen, die es im August 2001 an die Armenisch-Apostolische Kirche übertrug. Seit der Übernahme der 100-Betten-Klinik sind AGBU zufolge rund 300 000

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

\$ in die Modernisierung der technischen Ausstattung investiert worden. Die Schulden seien von 140 000 \$ auf 40 000 \$ reduziert worden. Es gebe auch keine Lohnrückstände mehr. Es wurden jedoch keine baulichen Erneuerungen vorgenommen. Inzwischen sind sieben größere Kliniken privatisiert worden, darunter auch das medizinische Zentrum Erebuni in Jerewan. Im Zeitraum 2001 bis 2003 sind insgesamt 30 medizinische Einrichtungen zur Privatisierung vorgesehen, darunter auch Kliniken in den Regionen Armawir, Schirak, Lori und Aragatsotn.

Die technische Ausstattung der meisten Krankenhäuser ist veraltet, da seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion keine finanziellen Mittel für Neuanschaffungen und oftmals auch für die Wartung vorhandener Geräte mehr vorhanden sind. Nach Angaben eines armenischen Ärzteverbands sind rund 90% der in Armenien vorhandenen medizintechnischen Geräte seit mehr als zehn Jahren im Gebrauch und wurden seit mindestens zehn Jahren nicht mehr repariert. Derselben Quelle zufolge sind 70% des medizinischen Geräts dadurch entweder völlig unbrauchbar geworden oder können nur mehr sehr beschränkt eingesetzt werden. Die meisten medizintechnischen Geräte gibt es demzufolge in der Hauptstadt Jerewan, gefolgt von den Regionen Lori und Schirak, die wenigsten gibt es mit jeweils 5% in den Regionen Sjunik und Tawusch sowie mit 3% in der Region Wajots Dzor. Die japanische Regierung hat dem armenischen Außenminister Oskanian bei dessen Besuch in Tokio im Dezember 2001 Finanzhilfen für das armenische Gesundheitssystem von bis zu 495 Mio. Yen (4,3 Mio. Euro) zugesagt. Damit soll vor allem die technische Ausstattung der Kliniken erneuert werden.

Für 1000 Einwohner stehen statistisch gesehen 7,6 Krankenhausbetten zur Verfügung. Auf 1000 Einwohner treffen 3,5 Ärzte. Derzeit gibt es 178 Krankenhäuser mit rund 28 000 Betten sowie 497 Polykliniken. Im Rahmen eines von der Weltbank geförderten Programms sollen weitere 70 Polykliniken in den zehn Regionen Armeniens eröffnet werden und 13 bestehende renoviert werden. Im Gesundheitssystem sind rund 60 000 Menschen beschäftigt, davon sind 14 000 Ärzte und 40 000 Pflegekräfte. Die Zahl der aktiv tätigen Ärzte hat sich jedoch seit 1990 um rund 10% verringert. Mit ein Grund

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

hierfür dürfte die schlechte Bezahlung für Angehörige dieser Berufsgruppe sein.

Im Jahr 1999 starben 15,4 von 1000 Neugeborenen noch vor Erreichen des ersten Lebensjahres. 1980 waren es noch 26,2. Die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren lag 1999 bei 19,2 Todesfällen pro 1000 Neugeborenen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren bei 6 pro 1000 Lebendgeburten. Jedoch konnte damit auch die Kleinkindersterblichkeitsrate seit 1989, als sie noch bei 27,1 pro 1000 Lebendgeburten lag, bereits erheblich gesenkt werden. Die Müttersterblichkeitsrate lag 1999 bei 32,9 Todesfällen pro 100 000 Geburten. 1980 hatte diese Rate bei 27 pro 100 000 gelegen und hatte bis zum Jahr 1990 einen Höchststand von 40,1 pro 100 000 erreicht. Die Lebenserwartung für Neugeborene wird derzeit auf durchschnittlich 73,2 Jahre veranschlagt (männliche Neugeborene: 70,7; weibliche Neugeborene: 75,5).

Der Anteil der Früh- und Mangelgeburten beträgt laut UNICEF 9%. 8,4% der Neugeborenen kamen im Jahr 1999 mit extremem Untergewicht, d.h. mit einem Gewicht von weniger als 2500 Gramm, zur Welt. Noch 1989 waren dies nur 6,8%. Zum Zeitpunkt der Geburt ihres ersten Kindes sind armenische Frauen im Durchschnitt 22,3 Jahre alt. 14,4% der Gebärenden sind jünger als 20 Jahre. Der Anteil der Neugeborenen, die mindestens während der ersten vier Lebensmonate von ihren Müttern gestillt werden, konnte durch ein von UNICEF durchgeführtes Hilfs- und Aufklärungsprogramm von 24 auf 40% gesteigert werden.

Laut UNICEF leiden 3% der Kinder unter fünf Jahren an leichtem sowie 1% an schwerem Untergewicht, 3% leiden an Auszehrung und 8% an Entwicklungsstillstand. Ebenfalls nach Angaben von UNICEF sind rund 14% aller armenischen Kinder unter fünf Jahren unterernährt und jeder siebte Jugendliche unter 18 Jahren fehl- oder unterernährt. In der Region Gegharkunik beträgt der Anteil der unterernährten Kinder nach UNICEF-Untersuchungen sogar 31%. Ihre Nahrung besteht demzufolge fast ausschließlich aus Kartoffeln und Brot.

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Das immer noch gebräuchlichste Mittel der Familienplanung ist in Armenien, wie auch in den anderen GUS-Republiken, die Abtreibung. Jedoch wurden seit 1996 im Rahmen eines staatlichen Programmes zur Familienplanung landesweit 77 Beratungsstellen eingerichtet, in denen die Bevölkerung kostenlos Verhütungsmittel erhalten kann. Auf diese Weise konnte die Zahl der registrierten Abtreibungen erheblich gesenkt werden. Im Jahr 2000 wurden 11 769 Abtreibungen registriert im Vergleich zu rund 14 000 im Jahr zuvor. Derzeit kommen auf hundert Lebendgeburten 39,5 Abtreibungen. Im Jahr 1996 waren es noch 65,1. Es ist aber davon auszugehen, dass es eine hohe Dunkelziffer von nicht registrierten Abtreibungen gibt. Eine Abtreibung kostet in den armenischen Kliniken nach offiziellen Angaben nur 5000 Dram. Inoffiziell werden jedoch 20 bis 40 \$ berechnet. Armenien hat zwar immer noch eine der niedrigsten Abtreibungsraten aller GUS-Staaten. Dennoch stellt die relativ hohe Zahl von Abtreibungen ein großes Risiko für die physische und psychische Gesundheit der Frauen dar. Rund 30% der armenischen Frauen leiden an Sterilität, oftmals als Folge von Abtreibungen.

Die Zahl der Neugeborenen hat sich im vergangenen Jahrzehnt von ehemals 77 000 pro Jahr auf weniger als die Hälfte verringert. Im Jahr 1999 wurden nur mehr 36 244 Geburten registriert, während es 1998 noch 39 366 waren. Infolge schlechter hygienischer Bedingungen, des Mangels an ausreichender und vor allem ausgewogener Ernährung und häufiger Stresssituationen ist in den letzten Jahren die Zahl der Frühgeburten und der Infektionen während der Schwangerschaft ebenso gestiegen wie jene der unterernährten bzw. fehlernährten Kinder. Viele Schwangere leiden an Anämie.

Die häufigsten Krankheiten bei Kindern sind Erkrankungen der Atemwege sowie Darminfektionen (vor allem Diarrhöe). Auf Letztere sind auch etwa 17% der kindlichen Todesfälle zurückzuführen. Ursache für die Zunahme der Zahl von Darminfektionen, auch bei Erwachsenen, ist die verschlechterte Qualität der Wasser- und Abwasserleitungssysteme, die kaum noch gewartet werden, aber auch die hygienisch oft nicht einwandfreien importierten Nahrungsmittel. Die sanitären Verhältnisse in den Haushalten sind oft sehr unzureichend. Zwar sind zumindest in den Städten nahezu alle Haushalte an das

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Wasserver- und -entsorgungsnetz angeschlossen. Jedoch ist die Wasserzufuhr meist auf wenige Stunden pro Tag beschränkt. Im August/September 1998 kam es während einer extremen Hitzeperiode auch zu einem Cholera-Ausbruch, der jedoch auf das Dorf Zartonk im Bezirk Armawir beschränkt werden konnte. Zwei der Erkrankten starben und einige Dutzende mussten behandelt werden. In ländlichen Gebieten ist der Anteil der zum Tode führenden infektiösen Erkrankungen etwa zwei- bis dreimal höher als in den Städten.

Auffallende Steigerungsraten werden bei Kindern u.a. auch in Bezug auf Störungen des Nervensystems und bei der kindlichen Diabetes beobachtet. Ebenso ist die Zahl nierenkranker Kinder stark angestiegen. Zugenommen haben auch Infektionen, die durch Haut- oder Darmparasiten ausgelöst werden und von denen hauptsächlich Kinder und Jugendliche befallen werden. Rund 20% aller Kinder und Jugendlichen leiden an Bronchial-Asthma. Aufgrund von Fehl- oder Mangelernährung leiden nach Angaben des armenischen Gesundheitsministeriums 30% der Kinder und 16% der Frauen an Anämie (Blutarmut).

Die meist verbreiteten Krankheiten bei Erwachsenen sind Herz- und Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen (bei Männern vor allem Lungen-, Magen- und Prostatakrebs, bei Frauen Brustkrebs) sowie in letzter Zeit zunehmend auch Tuberkulose. Die Zahl der Todesfälle durch Herzinfarkt hat sich in den vergangenen Jahren um 53% erhöht, wobei immer mehr auch jüngere Menschen zwischen 20 und 30 Jahren betroffen sind. Die Zahl der Todesfälle infolge von Krebserkrankungen stieg in den vergangenen Jahren um rund 30%, die infolge von TBC sogar um 66%.

Allerdings sind in dieser Statistik nur jene Fälle berücksichtigt, bei denen ein Arzt konsultiert worden war. Die Zahl der Arztbesuche pro Patient und Jahr hat sich aber, vor allem aus finanziellen Gründen, seit 1985 von damals 10,5 auf nunmehr 3,2 verringert. Die Zahl der registrierten Sterbefälle ist zwischen 1987 und 1997 um rund 10% gestiegen. Im Jahr 1999 wurden 24 240 Todesfälle registriert im Vergleich zu 23 210 im Vorjahr. Die Sterberate lag damit im Jahr 1999 bei 6,3 Todesfällen pro 1000 der Bevölkerung. 1980 hatte diese Rate

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

bei 5,5 pro 1000 gelegen und war bis zum Jahr 1993 auf 7,4 pro 1000 gestiegen.

Asthmaerkrankungen haben, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, um etwa 15% zugenommen. Sehr verbreitet sind auch Pilzinfektionen, an denen rund jeder zehnte Armenier erkrankt ist. Dagegen hat sich die Diphtherie in Armenien nicht in jenem Maße ausgebreitet wie in vielen anderen GUS-Staaten.

Die Zahl der HIV-Infizierten ist ebenfalls im Steigen begriffen. Während in früheren Jahren AIDS nur vereinzelt auftrat, stieg die Zahl der Erkrankten seit Ende 1996 bis zum 1. Dezember 2001 nach offiziellen Angaben auf 169 Fälle, darunter drei Kinder. Der erste Fall eines HIV-infizierten Kindes wurde im Januar 2001 registriert. Die am stärksten betroffene Gruppe ist mit fast 80% die der 20- bis 30-jährigen Männer. Die meisten HIV-Fälle gibt es mit 82 in der Hauptstadt Jerewan. 29 der Infizierten sind bereits an AIDS erkrankt. 19 der HIV-Infizierten starben bisher, davon vier, darunter auch ein Kind, im Jahr 2001.

Bei einigen der übrigen Erkrankten soll der Krankheitsverlauf inzwischen gestoppt worden sein, nachdem ein im Lande selbst neu entwickeltes Medikament, genannt „Armenicum“, an ihnen angewendet wurde. Bisher haben sich rund 250 Patienten aus Armenien und 17 anderen Staaten einer Behandlung mit Armenicum unterzogen. Die Wirksamkeit dieses Medikaments wird derzeit u.a. auch in Russland und der Ukraine an Patienten erprobt und von Experten geprüft. Die Untersuchungen dürften sich voraussichtlich aber noch über vier bis zehn Jahre hinziehen. Nach Einschätzung des Nationalen Zentrums für AIDS-Prävention liegt die Zahl der HIV-Infizierten, einschließlich derer, die noch nicht erkrankt sind bzw. nicht behandelt werden, weit über der der offiziell registrierten und beläuft sich vermutlich auf mehrere hundert, darunter 300 bis 350 Drogenabhängige und rund 240 Prostituierte. Andere Schätzungen gehen sogar von 1500 bis 2200 HIV-Infizierten aus.

Seit 1991 ist auch ein stabiles Wachstum der TBC-Erkrankungen sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern zu beobachten. 1989 gab es noch 18,1 Neuerkrankungen an

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

TBC pro 100 000 der Bevölkerung. Bis zum Jahr 1999 hatte sich diese Rate auf 43,2 mehr als verdoppelt. Bisher erfolgreich eingesetzte Medikamente erweisen sich immer öfter als wirkungslos, da die Erreger nicht selten resistent geworden sind. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden pro Jahr rund 800 bis 1000 Neuerkrankungen registriert, die meisten davon in Jerewan, der Ararat-Ebene, der Stadt Kapan und der Region Gegharkunik. In der Hauptstadt Jerewan gab es im Jahr 1998 1381 Tuberkulose-Patienten im Vergleich zu 196 im Jahr 1990. Bei Kindern nahm die Zahl der TBC-Kranken in Jerewan lediglich von 37 im Jahr 1990 auf 42 im Jahr 1998 zu.

Ein besonders starker Anstieg von TBC-Erkrankungen ist u.a. bei Soldaten zu verzeichnen, die oftmals als Virusträger für die übrige Bevölkerung fungieren. Nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuz (IKRK) leiden auch mindestens 240 Gefängnisinsassen, das sind 4% aller Häftlinge, an TBC, die bisher zumeist nicht behandelt wurde. In Zusammenarbeit mit dem IKRK wurde jetzt das zentrale Gefängniskrankenhaus um eine Spezialabteilung zur Behandlung von TBC-Kranken mit 220 Betten erweitert. Die Abteilung wurde am 18. Oktober 2001 in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurde auch ein ebenfalls von IKRK eingerichtetes neues Referenzlabor an der staatlichen TBC-Klinik in Abowian übergeben.

In den vergangenen Jahren wurden auch immer mehr Malaria-Fälle gemeldet. Nach Angaben des armenischen Gesundheitsministeriums waren dies im Jahr 1997 bereits 841 Fälle, während es 1994 noch lediglich 196 Erkrankungen gab. Im Jahr 1994 war auch der erste Fall einer lokal entstandenen, also nicht durch Reisen importierten Malariaerkrankung, seit den 1940er Jahren registriert worden. Von Malaria-Erkrankungen ist vor allem der Bezirk Masis betroffen, wo 1997 allein 505 Krankheitsfälle registriert wurden. Auch die Zahl der Diabeteserkrankungen, u.a. auch bei Kindern, ist im Steigen begriffen. Derzeit gibt es nach Schätzungen des Gesundheitsministeriums rund 35 000 Diabetiker in Armenien.

Derzeit gibt es rund 4500 in ärztlicher Behandlung befindliche Alkoholranke und schätzungsweise rund 20 000 Drogenabhängige. Vor allem die Zahl der Drogenabhängigen ist

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

dabei in den letzten Jahren stark gestiegen. Rund 38 000 Armenier sind psychisch krank, wobei die Tendenz ebenfalls im Steigen begriffen ist. Eine schwere Beeinträchtigung der Volksgesundheit stellt auch der hohe Zigarettenkonsum dar. Eine Studie ergab, dass bereits 35,8% der unter 14-Jährigen und 36,8% der 14- bis 16-Jährigen regelmäßig rauchen. Jährlich werden in Armenien Zigaretten im Wert von 200 Mio. \$ konsumiert.

Die Medikamentenversorgung der armenischen Bevölkerung konnte vor allem durch die in den letzten Jahren erfolgte Eröffnung von Vertriebsniederlassungen mehrerer renommierter ausländischer Pharmaunternehmen erheblich verbessert werden. So sind mittlerweile sowohl das renommierte ungarische Unternehmen Gedeon Richter als auch die deutschen Pharmafirmen ASTA-Medica, die Bayer AG sowie Böhringer-Ingelheim mit eigenen Vertriebsniederlassungen in Armenien vertreten. Mit Hilfe von Investitionen des britisch-armenischen Milliardärs Vache Manoukyan konnte auch auf einem Teil des Geländes der seit Jahren stillstehenden Maschinenfabrik „Mars“ ein Ableger des Pharmaunternehmens „PharmaTech“ errichtet werden.

Nur 2 bis 3% der in Armenien offiziell zugelassenen Medikamente werden aber im Land selbst hergestellt. Im Jahr 1997 wurden Medikamente im Wert von 16 Mio. \$ importiert. Dieser Wert fiel im Jahr 1998 auf 12,2 Mio. \$ und im Jahr 1999 auf 8 Mio. \$. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass ein nicht unerheblicher Teil der gehandelten Medikamente illegal ins Land kommt, und es wird befürchtet, dass diese illegalen Medikamentenimporte noch zunehmen könnten, nachdem die armenische Regierung die Erhebung einer 20-prozentigen Mehrwertsteuer auf Medikamente mit Beginn des Jahres 2001 beschlossen hat. Durch diese Maßnahme haben sich auch viele Arzneimittel weiter verteuert, wobei die Arzneimittelpreise auch zuvor schon auf ähnlich hohem Niveau waren wie in Deutschland. Die hohen Medikamentenpreise sind vor allem für chronisch Kranke, die auf ständige Einnahme angewiesen sind, oftmals eine nicht zu bewältigende finanzielle Belastung.

Die Impfsituation ist im Allgemeinen noch befriedigend. In den letzten Jahren wurden zwischen 90 und 96% der Kinder gegen Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, TBC, Polio und

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

Masern geimpft. Impfstoffe erhält Armenien größtenteils im Rahmen von Hilfslieferungen aus dem Ausland. Derzeit werden mit Unterstützung von UNICEF auch verstärkt Impfungen gegen Hepatitis B vorgenommen. Den von UNICEF geförderten Impfkampagnen ist es auch zu verdanken, dass seit 1995 in Armenien kein Fall von Kinderlähmung mehr aufgetreten ist.

In Armenien gibt es derzeit etwa 110 000 körperlich und/oder geistig Behinderte, davon sind 43% weiblichen Geschlechts und 8500 Kinder unter 16 Jahren. Die Lage der Behinderten ist in der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Situation des Landes auch deshalb besonders Besorgnis erregend, da ihnen viele technische Hilfsmittel, die anderswo längst selbstverständlich sind, nicht zur Verfügung stehen. Ein spezielles Problem stellt teilweise noch immer die prothetische Versorgung bein- oder armaputierter Erdbebenopfer dar. Das Bayerische Rote Kreuz hat zur Versorgung versehrter Kinder und Jugendlicher, deren Prothesen noch in regelmäßigen Abständen erneuert werden müssen, eine Orthopädiewerkstatt in Jerewan eingerichtet, in der auch durch Minen verletzte Kinder aus Berg-Karabach Prothesen erhalten können.

Behinderte der ersten und zweiten Kategorie haben Anspruch auf freie Beförderung im öffentlichen Nahverkehr, allerdings nur bei der U-Bahn, da der Busverkehr von privaten Unternehmen abgewickelt wird. Dem Gesetz zufolge sollten sie ebenso ein Anrecht auf kostenlose Gesundheitsfürsorge haben. Kriegsversehrte kommen außerdem in den Genuss einiger kleinerer Steuererleichterungen. Jedoch gestehen auch Vertreter des armenischen Sozialministeriums ein, dass die gesetzlich festgelegten Privilegien für Behinderte oft nicht in die Praxis umgesetzt werden. Für die Integration Behinderter in die Gesellschaft wird kaum etwas unternommen. So ist für bauliche Maßnahmen, wie z.B. Rollstuhlrampen, zumeist kein Geld vorhanden. Arbeitgeber, die Behinderte beschäftigen, erhalten im Gegensatz zu der in früheren Jahren üblichen Praxis jetzt keine staatlichen Zuschüsse mehr.

Flüchtlinge

Zwischen 1988 und 1992 hat Armenien rund 419 000 Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen. Dies entspricht

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

mehr als 10% seiner Bevölkerung. Davon kamen 350 000 aus Aserbaidschan, 58 000 aus Berg-Karabach und 11 000 aus anderen Teilen der früheren Sowjetunion, vor allem Abchasien, Tschetschenien und Tadschikistan. Von den Flüchtlingen aus Berg-Karabach sind in den vergangenen Jahren 30 000 wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie erhielten von der armenischen Regierung Wiederaufbauhilfe, da ein großer Teil ihrer früheren Unterkünfte zerstört war. Viele Flüchtlinge sind aus Armenien abgewandert, zumeist nach Russland oder andere GUS-Republiken. Rund 38 000 Flüchtlinge haben bisher die armenische Staatsbürgerschaft beantragt und zumeist bereits erhalten, der größte Teil davon in den vergangenen zwei Jahren. Derzeit sind noch etwa 240 000 Flüchtlinge offiziell in Armenien registriert.

Die etwa 167 000 Aseris, die Armenien verlassen haben, haben dort rund 32 000 Häuser bzw. Wohnungen zurückgelassen. Die aus Aserbaidschan geflohenen Armenier ließen dagegen mehr als 92 000 Wohnungen und anderes Eigentum im Wert von insgesamt rund 2 Milliarden \$ zurück. Armenien hatte Aserbaidschan bereits im Jahr 1989 einen finanziellen Ausgleich von 70,8 Mio. Rubel für die Wohnungen der ehemals dort ansässigen aserischen Minderheit bezahlt. Bis heute ist jedoch ein entsprechender Schritt Aserbaidschans an Armenien ausgeblieben.

Der UNHCR unterstützt seit 1992 rund 150 000 „besonders gefährdete“ Flüchtlinge in Armenien (davon 65% Frauen) u.a. mit Lebensmittelpaketen und Kerosin und stellt Gelder für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung. Der UNHCR hat seither für diese Zwecke rund 17 Mio. \$ oder durchschnittlich rund 3,5 Mio. \$ jährlich ausgegeben. Im Jahr 1999 wurden vom UNHCR jedoch nur mehr 2,5 Mio. \$ zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag sank im Jahr 2000 nochmals auf 1,5 Mio. \$.

Mit Hilfe von UNICEF wurden bisher rund 3000 Wohnungen für Flüchtlinge gebaut, ein Teil davon auch unter Mitfinanzierung durch die deutsche Bundesregierung. Die Bundesregierung stellte dafür 5 Mio. DM zur Verfügung. Auch eine Klinik und ein Altenheim wurden mit diesen Mitteln gebaut. Dennoch sind weiterhin rund 14 000 Flüchtlinge aus Aserbaidschan

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

ohne feste Unterkunft. Davon sind über 10 000 in oder in der Nähe der Hauptstadt zeitweilig untergebracht.

Insgesamt sind 52% aller Flüchtlinge und Vertriebenen in Jerewan und in der Ararat-Ebene untergebracht, jeweils 10% im Sewan-Gebiet und in der Region Abowian. Der Rest ist in kleineren Unterkünften über das Land verteilt. Etwa 60% der Flüchtlinge leben in Gemeinschaftsunterkünften (z.B. ehemaligen Sanatorien oder Erholungsheimen), von denen viele dringend renoviert werden müssten. Etwa 32 000 Flüchtlinge haben sich in den von Aseris verlassenen Häusern und Wohnungen niedergelassen. Der Rest fand Aufnahme bei Verwandten und Freunden.

Umweltproblematik

Zur Linderung der Energiekrise war vorübergehend die so genannte Sewan-Kaskade zumindest teilweise wieder in Betrieb genommen worden. Es handelt sich dabei um eine Reihe kleinerer Wasserkraftwerke, die durch das Wasser des Sewansees gespeist werden. Der Wasserspiegel dieses schon zu Sowjetzeiten schwer geschädigten einzigen Trinkwasserreservoirs der Republik ist seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts um insgesamt 19,3 Meter auf derzeit 1896,32 m über dem Meeresspiegel gesunken. Sein Volumen nahm von 58,5 Mio. m³ auf 30 Mio. m³ ab. Seine Oberfläche verringerte sich um 175 m². Auch der Verschmutzungsgrad des Sees nimmt ständig zu. Viele Fischarten sind daher schon aus ihm verschwunden. Auch die Zahl der Vogelarten, die in der Umgebung des Sees zu finden sind, hat sich von 160 auf 50 reduziert. Der See, der doppelt so groß ist wie der Bodensee, gilt auch im internationalen Maßstab als Naturwunder. Wissenschaftler befürchten jedoch, dass er sich in den kommenden Jahrzehnten in eine Marschlandschaft verwandeln könnte, sollte seine Nutzung nicht gestoppt werden können.

Soll der See gerettet werden, so müsste, nach Expertenmeinung, ein Ansteigen des Wasserspiegels um mindestens 3 bis 6 Meter erreicht werden. Mit finanzieller Unterstützung durch die Weltbank wurde inzwischen ein Programm erarbeitet, das die ökologischen Probleme im Zusammenhang mit

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

dem Sewansee einer Lösung näherbringen soll. Für die Arbeiten an diesem Programm waren 485 000 \$ zur Verfügung gestellt worden. Die Umsetzung des von den Experten erarbeiteten Programms würde aber Mittel von insgesamt 300 Mio. \$ erforderlich machen. Die armenische Regierung hofft, dieses Programm mit Hilfe von Geldern internationaler Institutionen innerhalb der kommenden drei Jahrzehnte umsetzen zu können. Demnächst soll zumindest eine bereits im Jahr 1981 begonnene 22 Kilometer lange Tunnelverbindung zwischen den Flüssen Worotan und Arpa fertig gestellt werden, über die jährlich 165 Mio. m³ in den Sewansee geleitet werden können, wodurch der Wasserspiegel um 10 bis 15 cm pro Jahr angehoben werden könnte.

In den vergangenen Jahren war die Nutzung des Seewassers für Bewässerungs- und Energiezwecke bereits strengen Regulierungen unterworfen. Im Jahr 1995 wurden noch 514,6 Mio. m³ Wasser aus dem See abgeleitet. Im Jahr 1996 konnte diese Menge um etwa 30% verringert werden. Im Jahr 1997 wurden nur noch 20,9 Mio. m³ Wasser zum Zweck der Energieerzeugung und 240 Mio. m³ für Bewässerungszwecke entnommen. In den Jahren 1999 und 2000 wurden lediglich 195 Mio. m³ bzw. 160 Mio. m³ Wasser für Bewässerungszwecke und kein Wasser mehr zur Energiegewinnung entnommen.

Im Jahr 2001 ist der Wasserspiegel des Sees nach Angaben von Umweltminister Wardan Aiwazian nur noch um 14 Zentimeter gesunken auf jetzt 1896,32 Meter über dem Meeresspiegel, während in den Jahren zuvor der Wasserspiegel noch um jeweils 20 bis 50 cm gesunken ist. Im Jahr 2001 wurden 161,3 Mio. Kubikmeter Wasser für Bewässerungszwecke aus dem See entnommen, das sind 27,2% weniger als im Jahr zuvor.

Im April 2001 verabschiedete das armenische Parlament ein Gesetz zum Schutz des Sewansees. Es sieht u.a. strikte Begrenzungen der Wasserentnahme aus dem See für Bewässerungszwecke sowie ein Verbot der Einleitung umweltschädlicher Abwässer in den See vor. Darüber hinaus soll eine Expertenkommission eingerichtet werden, die in regelmäßigen Abständen den Zustand des Gewässers untersuchen und entsprechende Empfehlungen für weitere Maßnahmen vorlegen soll. Das Gesetz regelt außerdem die Kompe-

BERICHT ZUR LAGE IN ARMENIEN - DEZEMBER 2001

tenzen der regionalen und staatlichen Behörden, deren Tätigkeit in irgendeiner Weise zum Sewansee in Bezug steht.

Der Brennstoffmangel hat auch zu einer katastrophalen Abholzung der ohnehin spärlichen Baumbestände Armeniens geführt. Etwa 4 000 der zuvor 334 000 Hektar Wald wurden komplett abgeholzt, weitere 24 000 Hektar wurden schwer geschädigt. In den Jahren 1992 bis 1994 sind schätzungsweise 1 Mio. m³ Schnittholz pro Jahr aus den Wäldern entnommen worden. Die schlimmsten Schäden sind in der Region Wanadsor und um Dilidschan zu registrieren. Im April 2000 stellte die japanische Regierung einen Kredit über 8 Mio. \$ für die Sanierung der Wälder in der Umgebung von Jerewan zur Verfügung. Damit sollen rund 2800 Hektar Wald wieder aufgeforstet werden. Inzwischen sind illegale Baumfällungen mit verhältnismäßig hohen Bußgeldern (z.B. umgerechnet 30 \$ für einen Baum mit 20 bis 25 cm Durchmesser) belegt. Es gibt jedoch keine offiziellen Angaben über die Zahl der registrierten illegalen Baumfällungen.

Aufgrund von Erosion und großer Trockenheit sind nach wissenschaftlichen Untersuchungen rund 3000 Gebiete von einer Größe zwischen 1 und 600 Hektar von Erdrutschen bedroht. In diesen gefährdeten Gebieten leben rund 400 000 Menschen. Die armenische Regierung hat am 18. Oktober 2001 ein Programm beschlossen, mit dem Erdrutsche verhindert bzw. gefährdete Siedlungen und Häuser davor geschützt werden sollen. Die Finanzierung des Programms (3,6 Mio. \$) ist noch nicht gesichert, jedoch hofft die Regierung zusätzlich zu eigenen Mitteln auf internationale Hilfen.

Aktuelle Informationen zur Lage in Armenien finden sich auch in der **Armenisch-Deutschen Korrespondenz (ADK)**, die in vierteljährlichen Abständen erscheint und von der **Deutsch-Armenischen Gesellschaft (DAG)** herausgegeben wird.

Für weitergehende Informationen wenden Sie sich bitte an die stellvertretende Vorsitzende der **DAG**:

Elvira Kiendl
Prüfening Str. 55
93049 Regensburg
Tel.: (09 41) 2 77 68
Fax: (09 41) 2 12 21
E-mail: Elvira.Kiendl@t-online.de

Informationen über die Aktivitäten und Publikationen der **DAG** können Sie auch unserer Homepage im Internet entnehmen, die Sie unter den folgende URLs finden:

<http://www.Deutsch-Armenische-Gesellschaft.de>
<http://www.DAG-Online.de>
<http://www.German-Armenian-Society.de>